Nr. 15 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Montag, den 19. Januar 1925

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Verbal. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg.

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung, 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis 10 Pfg. im Anzeigen- und 50 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4605. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319. Erfurt

Gestern Grundsatz — heute Papierkorb.

Das ist deutschnational.

SPD. Berlin, 19. Januar.

Die Reichsregierung wird heute abend 6 Uhr im Reichstag ihr Programm steigen lassen. Vorläufig fehlt der Reichsfinanzminister zwar immer noch, aber Herr Dr. Luther hofft dieses wichtige Amt bis Montag mittag besetzen zu können. Inzwischen sind wir überzeugt, daß, selbst wenn der neben dem Reichsverkehrsminister noch fehlende Finanzminister bis Montag abend nicht in Erscheinung tritt, sich auch das unvollständige Kabinett dem Reichstag vorstellt. Die programmatischen Differenzen sind vorläufig überwunden, und damit hat die „Unvollständigkeit" vom Freitag ihren Sinn verloren. Sie war überhaupt nur eine Kulisse, denn die gleiche Reichsregierung, die am Freitag dem Reichstag die Regierungserklärung verweigerte, weil der Reichsfinanzminister und der Reichsjustizminister noch fehlten, hat am Samstabend trotz ihrer „Unvollständigkeit" beschlossen, in der Hüttenindustrie den Achtstundentag wiedereinzuführen. (Den Beschluß siehe an anderer Stelle dieses Blattes. — D. Red.) Dieser Beschluß war an sich eine Selbstverständlichkeit und galt bereits als feststehend, noch bevor die Reichsminister der Regierung Luther ernannt waren. Der Reichsarbeitsminister hatte ihn zur Voraussetzung für seinen Eintritt in die neue Regierung gemacht, und während sich die „Deutsche Tageszeitung" noch heftig gegen die Einführung der Achtstundenschicht in den Kokereien und Hochofenwerken wehrte, hatte der Ministerkandidat Schiele sich bereits in entgegengesetztem Sinne festgelegt. Aber es bleibt doch mehr als sonderbar, daß die Unvollständigkeit vom Freitag 24 Stunden später einem Beschluß von weittragender Bedeutung nicht mehr im Wege stand.

Der Sozialdemokratie genügt der Beschluß des Kabinetts keineswegs, und sie betrachtet ihn lediglich als Abschlagszahlung für ein altes Unrecht. **Wir bestehen nach wie vor auf der allgemeinen Wiedereinführung des Achtstundentages und werden den seit Monaten geführten Kampf um die Wiederherstellung alter Rechte mit aller Entschiedenheit fortsetzen.** Von der jetzigen Reichsregierung, die politisch und wirtschaftlich als ein vollkommen reaktionäres Gebilde zu betrachten ist, kann die Erfüllung unserer Forderung nicht erwartet werden. Die Sozialdemokratie wird deshalb auf die Dauer nicht um den Versuch herumkommen, im Gemeinschaft mit den Gewerkschaften durch ein Referendum die Errungenschaft des Achtstundentages endgültig zu sichern.

Die Wiedereinführung des Achtstundentages ist nur eine der wichtigen Fragen, die von uns aus in den kommenden Wochen in verstärktem Maße in die Debatte geworfen werden wird. Es gibt darüber hinaus andere wichtige Dinge, die wir zur Diskussion stellen werden, und es kommt uns schließlich vor allem auch die Aufgabe zu, dem Volk die Augen zu öffnen über die verlogene Haltung der Deutschnationalen als Opposition und über die geplante Taktik als Regierungspartei. Kein Zweifel: die deutschnationale Lumperei vom 29. August findet jetzt verschleiert und offen ihre konsequente Fortsetzung. Mit Entsetzen dürften die Anhänger der Männer, die sich **von einem „Landesverräter" zum Minister ernennen ließen, am Montag das Programm der neuen Regierung zur Kenntnis nehmen.** Schon haben sie ihre gemeine Interpellation über die Aktion der Regierung Marx bei dem Reichspräsidenten anläßlich des Magdeburger Urteils zurückgezogen und **auf die Fortsetzung ihrer Verleumdungskampagne gegen den Reichspräsidenten von der Tribüne des Reichstages herab verzichtet.** Gleichzeitig ist der Antrag auf Wiedereinführung der alten Reichsfarben in die **Versenkung verschwunden und das Hauptideal, mit dem sie den letzten Wahlkampf führten, schmählich im Stich gelassen worden.**

Was gestern als deutschnationaler Grundsatz galt, ist heute reif für den Papierkorb. Die schon von Herrn Stresemann unter der vergangenen Regierung ausgearbeitete Kriegsschuldnote soll weiterhin **in den Aktenarsenalen des Auswärtigen Amtes ruhen, und der „Versklavungsplan" von London ist plötzlich neben dem Versailler Vertrag auch „bindendes Recht" für die Deutschnationalen.** Von dem Bruch des Versailler Vertrages als Entgelt für die uns zugefügten Vertragsverletzungen hört man nichts mehr. Vom „Feindbund" ist es ruhig geworden, und mäuschenstill ist plötzlich auch der „Nationalverband Deutscher Offiziere". Wo bleiben seine „nationalen" Programmforderungen, die er früher bei jedem Regierungswechsel regelmäßig veröffentlichte? Jetzt schläft dieser „politisch neutrale" Verein den Schlaf des Gerechten. **Der „untragbare Erfüllungspolitiker" Stresemann ist auf einmal tragbar geworden, die Erfüllungspolitik wird umgetauft in „nationale Befreiungspolitik",** — alles andere ist vergessen!

Alles in allem: Die „nationale" Heuchelei von gestern regiert! Sie redete und schrieb über Nationalbewußtsein, aber dachte in Wirklichkeit an Herrschsucht. Hinter ihrem „Nationalbewußtsein" waren in Wirklichkeit nackte Klasseninteressen verborgen. „National" in ihrem Sinne waren die Deutschnationalen im Verlauf der letzten Jahre nur, um die Volksmassen in ihrer Not aufzupeitschen und ihre Dummheit zu benutzen, um an die Macht zu gelangen. In diesen Tagen offenbaren sie ihr Innerstes vor dem ganzen Volke! Sie zeigen, daß auch sie nur mit Wasser kochen und beschuldigen sich damit indirekt selbst der unzähligen Verbrechen, die das geeinigte deutsche Volk dank ihrer Haßpolitik ertragen mußte. **Diesen Verrätern am Volksinteresse gilt unser Kampf bis aufs äußerste!**

Pariser Dämmerung.

Von Clemenceau bis Luther.

Paris, 19. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Trotz schärfster Kritik an der jüngsten Entwicklung in Deutschland fehlt es in Frankreich nicht an Stimmen, die darin eine **unmittelbare Folge der unseligen Politik der nationalistischen Kabinette sehen,** die sich in Frankreich vom Ende des Krieges bis zum 11. Mai des vergangenen Jahres einander abgelöst haben. So schreibt am Sonntag die „Ere Nouvelle", die Gegner Herriots hätten es leicht, das Argument ins Feld zu führen, daß die Verständigungspolitik des Kartells Schiffbruch erlitten habe und alle Bemühungen um eine deutsch-französische Annäherung schließlich zu dem Triumph der Reaktion in Deutschland geführt hätten. **Die Verantwortung für diese Entwicklung falle einmal auf den Friedensvertrag, der, ohne Frankreich materielle Vorteile zu bringen, es überall verhaßt gemacht habe, dann aber auf die Politik, die Frankreich seit 1919 gegenüber Deutschland einschlug. Statt Deutschland, das unter den Schäden des militärischen Zusammenbruchs in der Republik die Möglichkeiten zu seiner Wiederaufrichtung gesucht habe, zu erniedrigen und zu schwächen, hätte die französische Politik die junge deutsche Demokratie kräftigen und ermutigen müssen. Wenn heute in Deutschland eine Rechtsregierung das Ruder an sich zu reißen vermocht habe, so sei das die Wirkung der letzten französischen Politik der vergangenen Jahre. Deutschland mache heute die gleiche Krise durch wie Frankreich unter Mac Mahon.** Worauf es ankomme, sei, daß auch in Deutschland die Demokratie sich stark genug erweise, diese Krise zu überwinden und das Joch der monarchistischen Reaktion wieder abzuschütteln.

*

Es dämmert also augenscheinlich in der französischen Presse. Das Tempo dieser Dämmerung läßt zwar einiges zu wünschen übrig. Immerhin ist es zu begrüßen, wenn man sich in Frankreich angesichts der reaktionären Entwicklung innerhalb Deutschlands an die Brust schlägt und zu dem Eingeständnis bereit ist, daß die Verantwortung für die reaktionäre Entwicklung in Deutschland nicht zuletzt bei der Unterdrückungs- und Demütigungspolitik des französischen Militarismus und Imperialismus liegt. Das war es ja auch, was wir in unserem Sonnabend-Artikel einleitend zum Ausdruck brachten. Wir lesen darum heute mit Vergnügen, wenn die „Ere Nouvelle" schreibt, daß die französische Politik die junge deutsche Demokratie hätte kräftigen und ermutigen müssen, und damit das Geständnis macht: Deutschland und die deutsche Demokratie sind durch die französische Politik nicht gekräftigt und nicht ermutigt worden. Um so mehr erstaunt ist man, wenn dasselbe Blatt zum Schluß schreibt, worauf es ankomme, sei, daß auch in Deutschland die Demokratie sich stark genug erweise, . . . das Joch der monarchistischen Reaktion wieder abzuschütteln.

Wir bemerken demgegenüber, daß das französische Volk und seine demokratische Regierung wahrscheinlich noch eine geraume Zeit Wiedergutmachungspolitik gegenüber der jungen deutschen Republik zu treiben haben, um das wiederherzustellen, was durch die Clémenceau, Millerand, Briand und Poincaré zerstört worden ist, nämlich die Vertrauensbasis der deutschen Republik und der deutschen Demokratie. Der französische Militarismus ist angeblich in den Krieg gezogen, um den preußischen Militarismus zu schlagen und Deutschland für die Demokratie zu erobern. Der französische Militarismus hat nach Vernichtung des preußischen Militarismus sich auf die junge Republik gestürzt und sie solange am Halse gewürgt, daß sie beinahe verendet wäre. Die französischen Demokraten mögen, wenn ihnen die Befestigung der Demokratie in Deutschland und die Stabilisierung der Friedensidee in der deutschen Republik am Herzen liegt, darauf achten, daß die Reste, die hoffnungsvollen Anfänge der republikanischen Aufwärtsentwicklung in Deutschland nicht von einer reaktionären Pariser Klassen- und Cliquenwirtschaft mit Füßen zertrampelt wird.

Abbau und Gratifikationen bei der Reichsbahn A.-G.

Wir bringen den nachstehenden Aufsatz auf Wunsch aus parteigenössischen Sangerhäuser Eisenbahnerkreisen und bemerken, daß der Artikel erstmalig in unserem Kasseler Parteiorgan, dem „Volksblatt", erschienen ist.

Die umfangreichen „Reformen", welche seit einiger Zeit innerhalb der Reichsbahnbetriebe durchgeführt werden, sind der breiten Oeffentlichkeit recht wenig bekannt. In letzter Zeit hat sich aber eine derartige Unruhe und Unzufriedenheit unter Beamten und Arbeitern bemerkbar gemacht, und die uns zugegangenen Klagen sind so groß, daß wir nicht umhin können, einiges davon der Oeffentlichkeit hiermit zu übergeben.

Nach den uns zugegangenen Berichten scheint es, als ob die durch Annahme des Dawes-Gutachtens der Eisenbahn auferlegten Lasten fast restlos von den Arbeitern und unteren Beamten aufgebracht werden sollen. Nachdem verschiedene Arbeiterschutzgesetze außer Kraft gesetzt waren, glaubte man der Willkür die Zügel schießen lassen zu können. Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnabbau und Personal-Abbau haben uns bereits mehrfach an dieser Stelle beschäftigt. Manches konnte ja durch die inzwischen wieder erstarkten Gewerkschaften wenn auch nicht ganz beseitigt, so doch gemildert werden.

Was auf Grund der Abbau-Verordnung den Rhein- und Ruhreisenbahnern an Dank dargebracht wurde, wird unvergeßlich bleiben. Dasselbe Personal, dem von seiner Verwaltung die denkbar größten Versprechungen gemacht worden waren, das so unendlich viel Opfer an Gut und Blut und persönlicher Freiheit gebracht hatte, das unter schlechten Löhnen und Arbeitsbedingungen sein Bestes zum Wiederaufbau beigetragen hatte, es wurde vergewaltigt, entrechtet, verhöhnt und auf die Straße gesetzt. Ja, der Dank des Vaterlandes war fürchterlich! Dabei wurden die Beamten des sogenannten höheren Dienstes gehegt und gepflegt. Arbeiter und Beamte des unteren Dienstes aber, die im Ruhrkampf die Leiden des gehetzten Wildes kennengelernt hatten, an die Wand gedrückt. Der Dank der Verwaltung war recht eigenartig. Er soll auch unvergessen bleiben!

Rücksichtslos und mit brutaler Offenheit ist man augenblicklich dabei, das Koalitionsrecht der Beamten und Arbeiter durch Aufstellung einer Prätorianer-Garde zu beschränken. Die Technische Nothilfe scheint nicht mehr zu genügen. Aus Essen wird uns folgendes berichtet: Die dortige Direktion hat durch einen Telegrammbrief an Aemter und Dienststellen diese aufgefordert, durch Verwendung entsprechender Fragebogen festzustellen, welcher Bestand an verfügbaren arbeitswilligen Kräften vorhanden ist. Mit brutaler Klarheit heißt es in diesem Telegrammbrief:

Um bei einem Streik den Betrieb mit arbeitswilligen Kräften aus dem Eisenbahnpersonal möglichst ohne Hilfe der Technischen Nothilfe durchzuführen, ist eine Personal-Betriebshilfe zu schaffen. Zu ihr gehören alle arbeitswilligen Kräfte des äußeren sowie des inneren Dienstes (Bureau, Abfertigung, Kassen, Werkstätten usw.).

Wie erinnerlich, tobte der Ruhrkampf im Bezirk Essen wohl am heftigsten. Die Eisenbahner haben Unendliches erdulden müssen. Der Dank wird abgestattet in Form eines ganz hinterhältigen Angriffes auf gesetzliche Rechte, unter brutalster Ausnutzung der bestehenden Notlage der Bediensteten. Auch das soll nicht vergessen werden. Im übrigen soll die Direktion Essen sich keiner Täuschung hingeben. Mit Kreaturen, die sich zu solcher Judasarbeit melden, wird sie keine Lorbeeren ernten. Wie wir hören, sollen auch in anderen Bezirken Vorbereitungen zu derart schmachvollem Treiben getroffen sein. Wir werden auch diese Dinge weiter verfolgen und nichts vergessen.

Während des ganzen verflossenen Jahres wütete der Abbau. Wenn man auch verstehen kann, daß der Eisenbahnbetrieb infolge des Verkehrsrückganges ein Zuviel an Arbeitskräften hatte und mit Entlassungen gerechnet werden mußte, so hat man doch bei diesem Abbau die notwendigen Grenzen längst überschritten. In den Bahnmeistereien ist derart abgebaut worden, daß sehr häufig bei zwei bis drei Arbeitern ein Vorgesetzter steht und viele Dienststellenleiter über Mangel an Arbeitskräften klagen. An vielen Stellen ist man schon dazu übergegangen und hat Arbeiten Privatunternehmern übertragen.

Die Entrechtung der Arbeiter ging mit dem Abbau Hand in Hand. Heute warf man in einer Bahnmeisterei zwanzig oder fünfundzwanzig Leute hinaus; nach einigen Tagen stellte man die Leute wieder ein. Jedoch nur als Aushilfsarbeiter auf eintägige Kündigung, nicht unter den Tarif-Vertrag fallend, mit geringeren Löhnen und nur auf die Höchstdauer von sechs Wochen. Also nicht Mangel an Arbeit, sondern andere Motive waren bei diesem Abbau maßgebend.

Der Abbau dauert noch an. In ganz Deutschland sollen rund sechzehn größere und kleinere Bahnbetriebs- und Ausbesserungswerke teilweise oder ganz geschlossen werden. Und das noch im Laufe dieses Jahres! Es handelt sich um rund dreißigtausend Bedienstete, Beamte und Arbeiter. In manchem Bezirk gibt es Orte, in denen die Lebensfähigkeit der betreffenden Gemeinden oder Städte durch den Verlust des Werkes bzw. der Arbeitnehmer direkt in Frage gestellt ist. Die Verwaltung begründet diese „Reformen" damit, daß diese Betriebe veraltet seien und nicht mehr rentabel arbeiteten. Nach unseren Informationen trifft das zu. Wie liegen aber die Verhältnisse? Unter dem früheren System der Ländereisenbahnen war es zum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250119-11/fragment/page=0001

Beispiel in Preußen so, daß jeder Minister seinen höchsten Ehrgeiz darin erblickte, aus der Eisenbahn in jedem Jahr einen möglichst hohen Ueberschuß herauszuwirtschaften. So war zum Beispiel die Preußisch-Hessische Bahn unter der Aera des Ministers Breitenbach jedes Jahr 500—600 Millionen Goldmark Ueberschuß ab. Bei den anderen Länderbahnen war es genau so. Für Modernisierung der Werkstätten, Umbau und Ausrüstung mit den neuesten technischen Errungenschaften waren nie die Mittel da. Die Staaten brauchten Geld und die Eisenbahn war die melkende Kuh.

Im Kriege und bis heute haben die Eisenbahner Hervorragendes im Wiederaufbau geleistet. Jetzt „modernisiert" man, braucht sie nicht mehr und wirft sie aufs Pflaster. Arbeiter und untere Beamte bezahlen nun wieder die Sünden des früheren Systems. Der vorstehend erwähnte Abbau der Werke soll sich in diesem Jahre erledigen. Welche tatsächlich tragischen Fälle im vergangenen Jahre vorgekommen sind und beim bevorstehenden Abbau vorkommen werden, davon weiß die Oeffentlichkeit recht wenig. Schwerkriegsbeschädigte wurden entlassen, Unfallbeschädigte, welche im Dienste der Eisenbahn Gliedmaßen verloren oder sonstige körperliche Schäden erlitten haben, wurden entlassen, Arbeiter, welche seit einem Menschenalter vorwurfsfrei im Dienst standen, wurden ohne einen Pfennig Rente entlassen, da sie noch nicht invalidisiert werden konnten. Andere, welche das 65. Lebensjahr erreicht und überschritten hatten, fünfunddreißig oder vierzig Jahre Pensionskassenbeiträge in Goldmärkung in der Hoffnung auf einen, wenn auch dürftigen, so doch sorgenfreien Lebensabend Woche für Woche gezahlt hatten, erhalten fast nichts. Krieg und Inflation haben auch die Pensionskasse leer gemacht, und Abbau und Modernisierung brachten die Alten aufs Pflaster. Uns wurde ein Beispiel vorgeführt, wo vier alte erstklassige Handwerker, welche jeder fünfunddreißig bis vierzig Dienstjahre hatten, zusammen soviel an Renten bezogen, wie ein auf Wartegeld gesetzter Beamter der Besoldungsgruppe 7 an Wartegeld bekommt. Wahrlich, trübe Bilder! Trotz Schutzbestimmungen für die Betriebsräte, macht man bei den Entlassungen vor diesen ebenfalls nicht Halt. Allerdings je nach Einstellung der Direktion. Uns wurde eine Direktion außerhalb Kassels genannt, welche durch Verfügung angeordnet hatte, daß Betriebsräte und Schwerbeschädigte nicht entlassen werden dürften.

Alles zu sagen, was vorgeht, würde zu weit führen. Man könnte aber einmal die Frage aufwerfen, ob die Schuld, die die Eisenbahn nach dem Dawes-Plan jährlich abzutragen hat, nun nur auf Kosten der Arbeiter und unteren Beamten aufgebracht werden soll. Vorgänge, wie vorstehend geschildert, verdienen Aufmerksamkeit in hohem Maße.

Eigentümlich ist nun aber folgendes: Alle vorstehenden Maßnahmen werden getroffen unter dem Motto: Sparen und nochmals sparen zur Rentabilität des Betriebs. Die Menschenopfer, die hierbei gebracht wurden, sind riesengroß. In den letzten Tagen sind aber Nachrichten an uns gelangt, die uns aufhorchen ließen. Im Eisenbahn-Betrieb hat man für die Beamten wieder besondere Zulagen eingeführt. Drei verschiedene Arten: 1. Dienstposten-Zulagen, 2. laufende persönliche Zulagen und 3. einmalige persönliche Zulagen. Man glaubt hierzu ein Recht zu haben auf Grund des § 26 Ziffer 3 des Reichsbahn-Gesetzes. Durch Einführung dieses Systems sind manche Besoldungen mehr wie verdoppelt worden. Die Erregung in der Beamtenschaft über diese Maßnahmen ist ungeheuer groß. Besonders empört ist man über die unglaublich hohen Summen, welche man an höhere und höchste Beamte zu Weihnachten ausgeschüttet hat. Bei Bezug von Eingelgehalt redet man von einer einmaligen besonderen Zuwendung von drei- bis fünftausend Goldmark. Andere Beamte der Besoldungsgruppen 9 bis 13 sollen sechshundert bis zweitausend Goldmark erhalten haben. Daß gezahlt worden ist, steht fest. Wir wollen uns auf die Höhe nicht festlegen und haben uns bei den uns zugegangenen Mitteilungen sehr niedrig gehalten. Aber die angegebenen Summen genügen schon vollständig, wenn man in Betracht zieht, daß die „Glücklichen" das zehn- bis fünfzehnfache Einkommen eines unteren Beamten oder Arbeiters haben. Zieht man in Betracht, daß diese Summen in ganz Deutschland ausgeschüttet wurden, so ergeben sich Millionen. Das ist einfach ein Skandal und hier muß Klarheit geschaffen werden.

Zu einer Zeit, in der zehn-, zu hunderttausende braver Eisenbahner aufs Pflaster fliegen, ganze Familien in ihrer Existenz vernichtet werden, arme Kriegskrüppel bis zu fünfzehn Stunden am Tage infolge der „schönen" Dienstdauer-Vorschriften an ihren Posten gefesselt sind, in den Betrieben nach einem raffiniert ausgearbeiteten Akkordsystem das Letzte aus dem Arbeiter herausgeholt wird, und dieses alles unter der Devise „Sparen" geschieht, erscheint es uns geradezu als eine Ungeheuerlichkeit, daß derartiges vorkommen kann. Und dazu unter dem Titel „für besondere Leistungen"! Wenn die Arbeiterschaft im Akkord geschuftet hat und im Ueberverdienst einmal angeblich zu hoch kommt, so kommt als Belohnung für besondere Leistungen Akkord-Abzug! Wahrlich, wer hat, dem wird gegeben!

Dr. h. c. Eckener. In einer Feier der Ortsgruppe Berlin der Schleswig-Holsteiner zu Ehren Dr. Eckeners wurde seine Ernennung zum Ehrendoktor der philosophischen Fakultät der Berliner Universität bekanntgegeben.

Luther und die „staatsbejahenden" Deutschnationalen.

Der neue Reichskanzler hat sich am Sonnabend den Vertretern der Berliner Presse mit einer kurzen, gewundenen Erklärung über die von ihm beabsichtigte Politik vorgestellt. Er will in der Hauptsache „alle staatsbejahenden Kräfte des Volkes zu positiver Mitarbeit im Interesse des Vaterlandes heranziehen". Das ist ganz schön und gut! Aber Herr Luther scheint vergessen zu haben, daß in seiner Regierung auch Vertreter der Deutschnationalen Partei sitzen. Diese Partei hat im Reichstag wiederholt durch ihre Führer und insbesondere durch Graf Westarp erklären lassen, daß sie, wo es auch immer sei, gegen die Sozialdemokratie regieren werde, und Deutschland nur wieder genesen kann, wenn diesem Grundsatze Folge geleistet wird. Entweder haben die Deutschnationalen jetzt auch diesen Grundsatz aufgegeben oder Herr Dr. Luther hat wieder einmal eine These verfochten, die nur in der Theorie besteht und niemals verwirklicht wird.

Herr Dr. Luther hat aber noch mehr erklärt. Er widerrief vor allen Dingen die „Gerüchte" von angeblichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung. Im Gegensatz hierzu erklärt die „Kreuzzeitung", die sich bereits eifrig als Regierungsorgan fühlt, am Sonnabendabend folgendes:

„Es lohnt nicht, auf die einzelnen Vermutungen einzugehen. Jedenfalls kann versichert werden, daß schwerwiegende Differenzen weder außen- noch innpolitischer Art innerhalb des eben gebildeten Kabinetts bestehen, und wenn insbesondere die Ruhrverlustfrage von der Linken in die Debatte geworfen wird, so glauben wir, auch darüber unterrichtet zu sein, daß sich auf diesem Gebiete zwischen Dr. Luther und den Deutschnationalen ein Weg finden lassen wird oder bereits gefunden ist."

Diese Erklärung der „Kreuzzeitung" ist eine indirekte Bestätigung der von Dr. Luther bestrittenen „Gerüchte". Sie gibt Differenzen im Kabinett zu — daß sie „schwerwiegend" sind, hat niemand behauptet. Im übrigen muß doch auch dort, wo ein Weg zur Einigung gefunden werden soll, eine Differenz bestehen! Wer hat nun recht, Herr Reichskanzler? Wir müssen schon wieder sagen: Ach — ist das 'ne Pleite!

Rebellion der Zentrumsarbeiter.

Essen, 19. Januar. (Radiomeldung.)

Zu einer Abrechnung der christlichen Gewerkschaften mit der neuen Reichsregierung wurde eine Versammlung in deren Mitte der Zentrumsabgeordnete und Arbeiterführer Imbusch stand. Obwohl er sich bemühte, beruhigend auf die Erregten einzuwirken, erklärte er, daß eine Rechtsregierung, wie die Dr. Luthers, nur halbar sei, wenn sie mindestens in sozialer Beziehung fortschrittlich gewillt sei. Wäre das nicht der Fall, dann zwinge sie alle, ohne Unterschied der Partei, mit der Sozialdemokratie in schärfste Opposition gegen die Rechtsregierung zu treten. Dem Unternehmertum warf Imbusch vor, daß es die Arbeitsgemeinschaft lediglich solange gehalten habe, als sie für die Unternehmer von Vorteil war. Nachher habe es sie gegen Gesetz und Moral rücksichtslos preisgegeben, obwohl sie nötig gewesen wäre, daß die sozialen Gegensätze dadurch aufs äußerste verschärft wurden. In der Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der die Enttäuschung darüber ausgesprochen wird, daß das neue Reichskabinett die achtstündige Arbeitszeit an den Hochöfen erst zum 1. April einführte. Gefordert wird die umgehende Einführung des Achtstundentages für die Schwerarbeiter.

Aufregung im rheinischen Zentrum

Köln, 19. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Im rheinischen Zentrum herrscht große Aufregung über die Unterstützung der Regierung Luther durch die Reichstagsfraktion der Partei. Am Sonnabend befaßte sich bereits der Vorstand der Kölner Zentrumspartei mit der Haltung der Reichstagsfraktion und der Zusammensetzung der neuen Regierung. Am Dienstag dürfte der bisherige Reichskanzler Dr. Marx in Köln eine vertrauliche Besprechung mit seinen Parteifreunden haben, deren Zweck eine Beruhigung der Parteianhänger ist. In der Sitzung des Vorstandes der Kölner Zentrumspartei wurde u. a. der Wortlaut eines Schreibens an Dr. Marx beschlossen, in dem zunächst das lebhafte Bedauern über das Ausscheiden von Dr. Marx zum Ausdruck gebracht wird. Wörtlich heißt es dann weiter: Tief durchdrungen von der Ueberzeugung, daß nur eine Fortführung der von Ihnen verfolgten Politik den inneren und äußeren Frieden unseres Vaterlandes gewährleistet, befürchten wir, nicht ohne Grund, daß die nunmehrige Regierung andere Wege gehen wird. Wir hätten gewünscht — und wir glauben, da im Namen der gesamten Wähler der Kölner Zentrumspartei, wenn nicht des ganzen Rheinlandes sprechen zu dürfen —, daß die Zentrumsfraktion des Reichstages nach dem uns auf das tiefste empörenden Verhalten derjenigen Parteien, die die Krisis verursachten und zu einer langandauernden gemacht haben, es abgelehnt hätte, in irgendeiner Form zu der neuen Regierung in Verbindung zu treten, ohne bruiz in die schärfste und grundsätzliche Opposition zu verfallen, die die Deutschnationale Volkspartei einem etwa von Ihnen gebildeten überparteilichen Kabinett angekündigt hatte. Wir wissen nicht, was die Zentrumsfraktion veranlaßte, von ihrem am 11. Januar einstimmig gefaßten und von der Partei im Lande auf freudigste begrüßten Beschluß abzugehen, und enthalten uns deshalb jedes Urteils. Wir sprechen jedoch die bestimmte Erwartung aus, daß die Fraktion im weiteren Verlauf der Dinge allem den schärfsten Widerspruch entgegenstellen wird, was geeignet sein könnte, mit den Grundsätzen unserer Partei in Widerspruch zu treten, dem Vaterlande und vor allem dem so schwer heimgesuchten Rheinlande zu schaden."

Mahnung an Zentrum und Demokraten

Prag, 19. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Das „Prager Tagblatt" schreibt: „Außenpolitisch kann es für Deutschland nicht nützlich sein, daß der Beweis erbracht wird, wie wenig die geflüchteten und verrufenen Deutschnationalen imstande sind, an den Ergebnissen der Verständigungspolitik von 1924 zu rütteln. Innenpolitisch ist in Deutschland jede Klärung zu begrüßen. Es sollte aber auch wirklich eine Klärung sein, d. h. die Bildung des Kabinetts Luther müßte zur Folge haben, daß der linke Flügel des Zentrums sich selbständig macht und daß die Deutschdemokratische Partei in die Opposition geht. Denn es wäre ebenso unverständlich wie politisch unmoralisch, daß Wirth, der Mann mit der Parole: „Der Feind steht rechts!", sich innerhalb einer Zentrumspartei, die ein Rechtsministerium stützt, majorisieren lassen sollte und daß die Deutschdemokraten zwar Dr. Geßler nicht mehr als ihren Vertreter in der Regierung anerkennen, aber dennoch eine abwartende Haltung gegenüber dieser Regierung einnehmen wollten. Was wollen sie abwarten? Den Augenblick, in dem der Eintritt in den Bürgerblock nicht mehr zu anstößig erscheinen wird? Die Linksparteien in Deutschland haben das Regieren noch nicht zu erlernen vermocht, aber das Opponieren sollten sie doch doch nicht verlernt haben!"

„Faschingsminister."

In der „Welt am Montag" schreibt Hellmuth von Gerlach unter der Ueberschrift „Das vertrauensunwürdige Kabinett": Diese Regierung ist antisozial, antidemokratisch, militaristisch, monarchistisch. Wie das berühmte Pferd in den Lehrbüchern der Tierarzneikunde, das an seinem Körper die Merkmale aller überhaupt existierenden Krankheiten trägt, zeigt das Kabinett Luther alle nur denkbaren Kennzeichen der Reaktion auf. Und dabei ist es noch nicht einmal komplett! Ueberall pocht Luther an, aber kaum hat der Eingeladene einen Blick in diese Dunkelkammer getan, da wendet sich der Gast mit Grausen! Minister werden ist ja für viele Leute geradezu der Inbegriff ihres Sehnens. Aber Minister bloß für die Faschingszeit — das rächt denn doch der Aschermittwoch.

„Verfinsterung des außenpolitischen Horizonts".

Genf, 19. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

„Vaterland", das Zentralorgan der Schweizer Katholiken, schreibt über das Luther-Kabinett, daß man die Entwickelung von Marx zu Stresemann unmöglich begründen könne: Marx war gewiß kein Reichskanzler von überragenden Qualitäten, aber dafür ein Mann allgemeinen Vertrauens nach innen und außen. Stresemann ist dieser Mann des Vertrauens nicht, im Gegenteil von Mißtrauen umgeben, zum großen Teil innen und noch mehr außen. Das Kabinett Luther-Stresemann eröffnet für Deutschland die Aussicht auf scharfe innenpolitische Kämpfe und neue Verfinsterung des außenpolitischen Horizonts.

Achtstundentag in der Hüttenindustrie.

Eine vollkommen ungenügende Abschlagszahlung.

Amtlich wird mitgeteilt: Das neue Reichskabinett beriet am Sonnabendnachmittag u. a. über die Frage der Arbeitszeit in Kokereien und Hochofenwerken. In einem offiziösen Kommuniqué darüber heißt es: „Das Kabinett verkannte in keiner Weise die Schwierigkeiten, die der Industrie aus einer teilweisen (!) Rückkehr zum Dreischicht-System gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt erwachsen, hielt jedoch die sozialpolitische Bedeutung der Frage für so schwerwiegend, daß es gleichwohl einstimmig dem Antrag des Reichsarbeitsministers beitrat, den Schutz des § 7 der Arbeitszeitverordnung auf Kokereien und Hochofenwerke zu erstrecken. Um den Betrieben für die Umstellung Zeit zu lassen, ist das Inkrafttreten der Verordnung, das ursprünglich für den 1. März 1925 vorgesehen war, auf den 1. April 1925 festgesetzt worden, da der größere Teil des Monats Januar schon verstrichen ist und auch ein wesentlicher Teil der Mitglieder des Reichswirtschaftsrates die Einführung des Dreischicht-Systems erst für einen erheblich späteren Zeitpunkt vorgeschlagen hat."

Zwischen Belgien und Spanien ist ein förmlicher Zollkrieg ausgebrochen. Der Minister des Auswärtigen, Hymans, unterbreitete der Kammer besondere gegen Spanien gerichtete Ausnahmetarife. Der Konflikt ist die erste Frucht des im neuen belgischen Zollarif zum Siege gelangten Schutzzollsystems. Die Regierung versichert indessen, daß die Verhandlungen weitergehen.

Thalia-Theater.

Der Tag der Einakter.

Gustav Wied, Bernard Shaw, Otto Erich Hartleben.

Der Sonntag brachte drei Einakter im Thaliatheater, Komödien von Wied, Shaw und Hartleben. Verschiedenartig wie die Autoren sind Sinn und Gehalt der drei Lustspiele. In der Komödie „Die Abrechnung" berührt Wied ein heikles Thema, als er im Altmännerstift nach vierzigjähriger Bekanntschaft den einen Alten dem anderen gestehen läßt, daß dessen Stolz, nämlich geheimrätlicher Schwiegersohn und Enkel, nicht dem alten Helms, sondern ihm, dem aufspürenden Hausfreund Krakau, ihr Dasein verdanken. Aber Alter und Kalk wirken im Verein mit alter Gewohnheit abschwächend: „Wir wollen es uns teilen!" bietet der eine an, und der achtzigjährige Helms akzeptiert nahezu verjüngt: „Wenn er auch dein Sohn war, so war sie doch meine Frau!" und „Nun haben wir doch etwas, worüber wir gemeinsam sprechen können!" — Hat das Alter reifer oder kindlicher gemacht?

Eine Fülle feinen Humors enthält das zweite Lustspiel: „Der Schlachtenlenker" von Bernard Shaw. Mit maßvoller Bitterkeit entkleidet er Helden des Heldentums, prägt er Formeln wie: „Es gibt nur einen Trieb, der allgemein ist; das ist die Furcht", läßt er Napoleon sagen: „Hat die Furcht jemals einen Mann abgehalten, das zu tun, was er erreichen wollte?!", und läßt er die fremde Dame sprechen: „Das einzige, was niemand glauben will, ist die Wahrheit!" Die humorvoll-satirische Art der Zeichnung seiner Landsleute läßt Shaw historische Aussprüche in glücklicher Verbindung mit treffender Kritik erscheinen. Der Engländer Shaw muß seine Landsleute am besten kennen.

Den Schluß bildet „Die Lore" von Otto Erich Hartleben. Der alte Spötter und trotzdem der Liebling der Bürger läßt dort drei Typen aufmarschieren: den lässigen Lebemann Fred, den temperamentvollen, leicht entflammten Kleinen und den jugendlich-verkalkten Vetter, der auch beim eigentlich verbotenen Liebesgenuß den ordnungsmäßig und wohlanständig-bürgerlich angenähten Musenknopf an seinem Verhältnis nicht entbehren kann und an diesem einen fehlenden Knopf den Grad sittlicher Verwahrlosung mit viel eigener Gewissensqual konstatiert.

Die geistrigen Aufführungen boten dreimal ungetrübten Genuß und zeigten die Darsteller dreimal in verschiedenen Rollen, dreimal in anderer Denkart und dreimal in erfreulicher Beweglichkeit. Oskar v. Xylander bot als Helms eine sorgfältig gefeilte Altmännerrolle, als Napoleon eine glückliche Wiedergabe von Shaws Charakterzeichnung und als Vetter einen unvidertschlichen, zopfigkorrekten Lebejüngling. Alfred Haller als greiser Krakau war in Spiel und Maske gut, in der Stimme sicherlich etwas zu jung, als Gisseppe und Fred in guter Form. Fritz Hensel war ein freimütiger (sogar etwas unverschämter) Leutnant Napoleons, als „Kleiner" frisch-lebendig und als Student von liebenswürdiger Frohnatur. Marianne Mersch als fremde Dame spielte ihre Rolle mit echt weiblichem Raffinement und großer Reife. Berthel Greter als Lore zeigte sich in alter Frische. Kurt Hendrich, Alex. Majewsky, Emanuel vom Weber und Adolf Schiele stellten eine Reihe prächtiger Altherrentypen.

Die Spielleitung (Oskar v. Xylander) hat ihren verdienten Anteil an Darstellung, schwungvollem Gange und gewordenem Beifall. Der Abend war ein Erfolg. F. Ferchlandt.

Halleſches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. In der heutigen „Traviata"-Vorstellung gastiert Frl. Magda Schwelle vom Stadttheater in Chemnitz als Gast auf Engagement als „Violetta". Dienstag 7½ Uhr: „Zar und Zimmermann". Die Partie des Zaren singt Fritz Kerzmann, die Marie: Sophie Kanitz a. G. a. E. Mittwoch: „Die Freier". Donnerstag: „Ein Volksfeind". Freitag: Drei Einakter: „Eine Abrechnung von Wied; „Schlachtenlenker" von Shaw; „Lore" von Hartleben. Sonnabend 7½ Uhr: „Schwanenweiß".

„Orpheus in der Unterwelt". Am nächsten Sonntag 7½ Uhr geht im Stadttheater Offenbachs burleske Oper „Orpheus in der Unterwelt" nach vieljähriger Pause wieder in Szene. Die Spielleitung führt Paul Herlt, die musikalische Leitung hat G. Haupt.

Schrift und Volk.

Das Alphabet hat eine Jahrtausende alte Geschichte hinter sich, und gerade weil die Anfänge des Alphabets über die Verwendung bei den Germanen, Italikern und Griechen hinaus in eine alte orientalische Zeit reichen, darum ist die Erforschung des Alphabets immer noch eine Aufgabe der Kulturgeschichtswissenschaft.

Die griechische Ueberlieferung bezeichnet die Phönizier als die Erfinder des Alphabets. Es ist auch ziemlich sicher, daß die Phönizier bei ihrem Handel mit den Griechen diese mit der Schrift bekannt machten. Von Volk erfolgte die Uebertragung auf Volk im ständigen Verkehr und allmählichen Uebergang.

Daß die Phönizier nun auch die Erfinder des Alphabets sind, wird, wie meist, so auch von dem Orientforscher Prof. Dr. Stübe in einer neuen Untersuchung bezweifelt. Die Spuren der Untersuchung führen vielmehr zunächst zu den Semiten. Aber die Semiten haben das Alphabet wahrscheinlich dem damals führenden Kulturvolke entlehnt, den Aegyptern, zumal Syrien um 1200 vor Christus noch ägyptischer Besitz war. Und man hat die Entstehung des Alphabets in die Zeit zwischen 1000 und 1400 unserer Zeitrechnung bestimmt.

Jedenfalls ist der Schöpfer des Alphabets das Volk, welches es auch gewesen sein mag. Das Alphabet ist nicht die selbständige Erfindung eine genialen Kopfes. Es ist im Volke langsam geworden aus der Nachbildung älterer primitiver Vorbilder heraus. Wie die Sprache so ist auch die Schrift ein soziales Kulturprodukt.

Eine Ausstellung indonesischer Textilien in Mannheim. Die Mannheimer städtische Kunsthalle (Leitung: D. G. F. Hartlaub) hat vor kurzem aus holländischem und deutschen Privatbesitz eine Ausstellung kostbarer indonesischer Textilien eröffnet. Hauptsächlich sind die Techniken des Batik und Ikat vertreten. Gleichzeitig mit den Textilien sind originelle Figuren des Wayang-Schattenspiels zur Schau gestellt. Die Ausstellung bleibt bis zum 22. Februar geöffnet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250119-11/fragment/page=0002

Parteitag der französischen Sozialisten.

Paris, 19. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Sozialistische Partei Frankreichs hält ihren ordentlichen Parteitag für das Jahr 1925 vom 8. bis 18. Februar in Grenoble ab. Hauptgegenstand der Tagesordnung bildet die Vorbereitung und Taktik für die in diesem Frühjahr stattfindenden Gemeindewahlen. Der große Erfolg, den die Partei bei den Kammerwahlen vom 11. Mai mit der Kartellpolitik erzielt hat, läßt auch diesmal das Zusammengehen mit den Koalitionsparteien, d. h. die Bildung gemeinsamer Listen bereits im ersten Wahlgang für ratsam erscheinen. Das ist auch die Auffassung innerhalb der Mehrheit der Partei. Einzelne Departements, auch die Parteiorganisation in Marseille, haben bereits entsprechende Beschlüsse gefaßt. Ihr steht entgegen die Taktik des linken Flügels der Partei unter der Führung der Genossen Bracke und Zyromski. Sie lehnen jedes Wahlbündnis mit bürgerlichen Parteien von vornherein ab und verlangen die Aufstellung rein sozialistischer Listen. Wo im Interesse der Partei ein Zusammengehen mit anderen Gruppen sich als unvermeidlich erweisen sollte, sollen die sozialistischen Kandidaten verpflichtet werden, wenigstens die Aufstellung eines gemeinsamen Wahlprogramms kategorisch zurückzuweisen. Eine prinzipielle Außeinanderesetzung dürfte bereits auf dem Parteitag des Seine-Departements stattfinden, wo die Delegierten zum Parteitag gewählt werden. Wie bereits der Parteitag von Marseille und der Genzalrat vom letzten Juni gezeigt hat, befinden sich die Anhänger der Richtung Bracke-Zyromski innerhalb der Partei in starker Minderheit. In der Zwischenzeit dürfte ihr Einfluß kaum größer geworden sein.

Innerhalb der Partei rechnet man übrigens auch mit der Möglichkeit, daß es auf dem Parteitag zu einer neuen Diskussion über die Beteiligung an der Regierung kommen wird. Diese Frage steht zwar bisher nicht auf der Tagesordnung, aber es ist in hohem Maße wahrscheinlich, daß es im Anschluß an den Rechenschaftsbericht der Fraktion darüber zu einer Aussprache kommen wird. Die Fraktion hat sich bisher infolge der Beschlüsse des Parteitages und des Parteiausschusses streng an die Politik aktiver Unterstützung des Ministeriums Herriot gehalten. Sie hat damit nicht nur der demokratischen Entwicklung im Innern und der Politik der friedlichen Verständigung nach außen teilweise zum Siege verholfen, sondern auch für die Sozialistische Partei bedeutsame Erfolge zu erzielen vermocht. Innerhalb der Fraktion hat nun neuerdings die Ueberzeugung stark an Anhängern gewonnen, daß diese Erfolge weit größer hätten sein können, **wenn die Partei durch Eintritt in die Regierung für deren Politik die Verantwortung mit übernommen hätte und sich einen stärkeren Einfluß auf deren Führung gesichert haben würde.** Bezeichnend für diese Entwicklung ist insbesondere die Haltung des Genossen Blum, der **früher mit Bracke den linken Flügel der Partei geführt hat und der neuerdings einer der regsten Vorkämpfer für die Kartellpolitik geworden ist.** Da auch führende Genossen wie Paul Boncour, Varenne, Mutet und neuerdings selbst Renaudel **für den Eintritt in die Regierung sind, ist es keineswegs ausgeschlossen, daß es auf dem Parteitag in Grenoble zu einer Aenderung in der bisherigen ablehnenden Haltung der Partei kommen wird.**

Mussolini geistesgestört.

Bern, 19. Januar. (Radiomeldung.)

In der Schweiz treffen, angeblich von unbedingt zuverlässiger Seite, Nachrichten aus Rom ein, die den schlechten Gesundheitszustand Mussolinis bestätigen. Er **leide an schweren Depressionen und Geistesstörungen, was natürliche Folge eines alten Leidens sei, dem er in der Jugend zum Opfer gefallen ist.** In der letzten Sitzung des faszistischen Großen Rates seien diese Dinge zur Sprache gebracht worden, doch sei angesichts der kritischen Lage beschlossen worden, vor der Oeffentlichkeit **strengstes Stillschweigen zu bewahren und sich vorläufig mit einer sorgfältigen Ueberwachung Mussolinis durch Vertrauensleute zu begnügen.**

*

Da die gesamte, bisher von Mussolini betriebene Politik nur den Eindruck des geistig Gestörtseins gemacht hat, haben wir keine Ursache, an der Richtigkeit der vorstehenden Meldung zu zweifeln. Immerhin ist es nicht ganz ohne Reiz, zu wissen, daß die faszistische Bewegung von einem — Paralytiker geführt wird.

Was mag eigentlich Hitler fehlen?

Angenommenes Wahlgesetz.

Rom, 19. Januar. (Radiomeldung)

In den späten Abendstunden des Sonnabends nahm die Kammer das neue Wahlgesetz mit 268 gegen 19 Stimmen an, nachdem die Regierung, nicht zuletzt infolge des Einspruches der faszistischen Arbeitervertreter, auf die Einführung des Pluralwahlrechts verzichtet hatte. Das neue Gesetz sieht 460 Abgeordnete, also auf rund 70 000 Einwohner ein Mandat vor. **Die Wahl erfolgt mit relativer Mehrheit ohne Stichwahl.** Die Kammer hat sich darauf auf etwa vierzehn Tage vertagt, während die Ausschüsse von Kammer und Senat beisammen bleiben, um die neue Wahlkreiseinteilung durchzusprechen.

Auch eine Abrüstung.

Paris, 19. Januar. (WTB.)

Anläßlich der Kundgebung der Gesellschaften zur körperlichen Ertüchtigung und zur Vorbereitung für den Militärdienst hielt Kriegsminister Nollet ein Ansprache, in der er erklärte, die **Vorbereitung für den Militärdienst sei die Vorbedingung für die Reorganisation des Heeres,** über die die Regierung demnächst einen Gesetzentwurf vorlegen werde. Diese Reform müsse die **Hauptgrundlage der französischen Sicherheit** bilden.

*

Da sich die französische Regierung einer Verminderung der Heeresstärke auf die Dauer nicht wird entziehen können, versucht man durch Militarisierung der Jugend außerhalb der militärischen Verbände, die Einbuße wettzumachen. Eine sonderbare Abrüstung!

Immer noch Handelsvertragsverhandlungen.

Paris, 19. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Pariser Morgenblätter vom Sonntag melden, daß Staatssekretär Trendelenburg nach Berlin abgereist sei. Diese Meldung entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Staatssekretär Trendelenburg weilt in Paris. Er prüft hier zurzeit zusammen mit den übrigen Mitgliedern der Delegation die letzten von den französischen Delegierten überreichten Vorschläge. In den Kommentaren der Pariser Presse kommt am Sonntag zum ersten Male eine etwas gerechtere Würdigung des deutschen Standpunktes zum Durchbruch. Selbst der „Matin" erkennt an, daß **die neue Versteifung der Situation nicht etwa auf mangelndes Entgegenkommen der deutschen Delegierten, als vielmehr auf die in der Verschiedenartigkeit der beiderseitigen Vertragssysteme begründeten technischen Schwierigkeiten zurückzuführen sei. Der Hauptgegensatz rühre daher, daß Deutschland definitive Zusagen zu machen in der Lage sei, während Frankreich sich infolge der noch ausstehenden Revision seines Zolltarifes sich nicht binden könne.**

Die Verhandlungen sind trotz der bestehenden Differenzen auch am Sonnabend fortgesetzt worden, und zwar über die Frage des künftigen Konsular-Regimes. Nach dem „Gaulois" soll bei den zuständigen französischen Stellen die Beurteilung der Situation seit 24 Stunden weit weniger pessimistisch sein, als man nach dem Verlauf der Aussprache vom letzten Freitag habe annehmen müssen.

Arbeit für die Deutschnationalen.

Ludwigshafen, 19. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

In Münchweiler hatte der bekannte Separatistenführer Helferich am Donnerstag den Schmied Wahle bei einem Wortwechsel erschossen und den Schreinermeister Klein durch einen Schuß verletzt. Helferich wurde im Anschluß an die Tat verhaftet. Am Sonnabendvormittag wurde Münchweiler von 39 Mann französischer Besatzung belegt. Es verlautet, daß es sich hier um eine Strafversetzung handelt. Außerdem ist über die Ortschaft die Verkehrssperre verhängt worden.

Unser Korrespondent bemerkt dazu:

Inzwischen sind die Deutschnationalen ans Ruder gelangt. Ihre Parole war bisher, Gewalt und Unrecht mit gleichen Mitteln zu vergelten. Also warten wir ab, was jetzt kommt!

Ludendorffs Kotau vor Rupprecht

Trotzalledem: Rupprecht vergibt ihm nicht.

München, 19. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der Hasardeur Ludendorff hat am 7. Dezember folgenden Brief an Rupprecht geschrieben: „Eurer Königlichen Hoheit spreche ich heute mein tiefstes Bedauern aus, daß ich Höchstdieselbe durch die Wiedergabe der „Bohemia"-Aeußerung mit dem Wortbruch des Herrn von Kahr in eine Beziehung gebracht habe. Ich hoffe mit diesem Schritt zugleich die Spannung im Offizierskorps zu mildern. In Ehrerbietung zeichne ich als Eurer Königlichen Hoheit untertäniger Ludendorff."

Ludendorff macht zu diesem in der Sonntagsausgabe des „Völkischen Kuriers" veröffentlichten Briefe folgenden Zusatz: „Ich habe den Tag der Wahl genommen, um mein Handeln von jeder Politik zu trennen, und den Schritt getan, um in vollem Verantwortungsgefühl gegenüber der Geschichte und dem deutschen Volke meinerseits alles aus dem Wege zu räumen, was einer Beilegung des Konfliktes mit Seiner Königlichen Hoheit im Wege zu stehen schien, um meine Gesinnungsfreunde im bayerischen Offizierskorps, namentlich im „deutschvölkischen Offiziersbund, vor schweren Gewissenskonflikten und das deutsche Volk und das deutsche Offizierskorps aller Kontingente vor neuen Erschütterungen zu bewahren."

Die auf Grund des Briefes eingeleiteten Schritte zur Aussöhnung haben aber zu keinem Ergebnis geführt; denn Rupprecht forderte außer dem Briefe weitere Genugtuung, die Ludendorff in der verlangten Form nur unter gewissen Bedingungen zu geben sich bereit erklärte. Diese Bedingungen aber wurden von Rupprecht als unerfüllbar betrachtet. Damit ist die Versöhnungsaktion endgültig gescheitert.

Das schwarzrotgoldene Bayern.

Der Professor für die neuere Geschichte an der Berliner Universität Dr. Meinecke sprach dieser Tage vor demokratischen Studenten Berlins über „Republik, Bürgertum und Jugend". Er erzählte bei dieser Gelegenheit manche geschichtliche Tatsache und sprach manches mutige Bekennerwort zum Staat von heute, wie man es aus dem Munde von Lehrern der „gebildeten" Jugend leider allzu selten vernimmt. Dr. Meinecke gab u. a. auch einen kurzen Abriß der Geschichte der Farben Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold und erinnerte unter allgemeiner Heiterkeit daran, daß **bei der Schaffung der Reichsverfassung im Jahre 1871 Bayern sich gegen die Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot stemmte und statt dessen Schwarz-Rot-Gold forderte.** (!)

Wer wagt daran zu zweifeln, daß, wenn die Farben der Republik Schwarz-Weiß-Rot geblieben wären, Bayern heute Schwarz-Rot-Gold verlangte? Bayerische Politik kennt immer nur die Opposition gegen das Reich und seine Einrichtungen!

Belgische Justizkomödie.

Brüssel, 18. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Verurteilungen deutscher Offiziere wegen Kriegsverbrechen dauern fort. Das Kriegsgericht in Namur hat drei deutsche Offiziere in contumaciam verurteilt, den Hauptmann von Collani und Major Heine zum Tode, Oberst von Ompteda zu 20 Jahren Zuchthaus. Sie waren verschiedener Mordtaten und Greuel im August 1914 begangen, beschuldigt. Demnächst werden von dem gleichen Kriegsgericht abgeurteilt: Oberst v. Hülsen und Feldwebel Müller vom 5. Garde-Grenadier-Regiment, Hauptmann Leppin vom 100. Sächsischen Grenadier-Regiment, Hauptmann Hesterberg vom 15. Husaren-Regiment. Weiter wurden vom Lütticher Kriegsgericht zum Tode verurteilt die Obersten von Thessemann und von Hedemann wegen Massenhinrichtung in Rossignol im August 1914. Vom Genter Kriegsgericht sollen abgeurteilt werden Georg Gusneer, Rechtsanwalt, Berlin, und Karl Zimmermann, Berlin, wegen Mordes, ferner Franz Nelles in Bonn wegen Mordes, Colle, Seidenfabrikant in Krefeld und von Westerhagen, Dortmund, wegen Diebstahls. Damit ist die Reihe der beabsichtigten Aburteilungen keineswegs beendet.

Sonderbare Zentrumspraktiken.

Darmstadt, 19. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Regierungskrise in Hessen hat neuerdings eine scharfe Zuspitzung erfahren. Wie jetzt festgestellt werden konnte, hat das Zentrum schon vor der Wahl mit den Rechtsparteien über die Regierungsbildung verhandelt. Die demokratische Fraktion und der Landesvorstand der Deutschdemokratischen Partei Hessens hat am Sonnabend in seiner Sitzung folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt:

„Der Landesvorstand der Deutschdemokratischen Partei Hessen hatte in seiner Sitzung vom 3. Januar im Einverständnis mit der Landtagsfraktion sich zur Fortsetzung der Kleinen Koalition in Hessen bekannt. Inzwischen hat die sozialdemokratische Fraktion beschlossen, keinesfalls einer Erweiterung der seitherigen Regierungskoalition zuzustimmen. Für die demokratische Landtagsfraktion besteht demnach zurzeit keine Veranlassung, sich von neuem mit der Frage zu beschäftigen."

Damit stellt sich die demokratische Fraktion auf den Standpunkt, an der Kleinen Koalition in Hessen festzuhalten.

Lippische Landtagswahlen.

Berlin, 19. Januar. (Privattelegramm.)

Nach einer Meldung des „Montag" aus Detmold hatten die lippischen Landtagswahlen folgendes Ergebnis: Es erhielten: **Sozialdemokraten 8 Mandate,** Deutschnationale 6, Deutsche Volkspartei und Zentrum je 3, Christliche gewerkschaftliche Vereinigung, Kommunisten, Demokraten und Wirtschaftliche Vereinigung je 1 Mandat.

Der Siegeslauf des Reichsbanners

München, 19. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Das Münchener Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold konnte am Sonntag den Bundesvorsitzenden Hörsing in seiner Mitte begrüßen. Der historische Saal des „Bürgerbräukeller" war vollständig in Schwarz-Rot-Gold ausgeschmückt. Kein Platz in dem weiten Raum war von den Reichsbannerleuten unbesetzt geblieben. Hörsing wurde mit stürmischem Beifall empfangen. In seiner einstündigen Rede zeigte er den republikanischen Kriegsteilnehmern ein plastisches Bild der wirklichen Novemberverbrecher des Jahres 1918: Wilhelm II., Ludendorff und wie sie alle heißen, die in jenen Tagen Fahnenflucht unter den gemeinsten Umständen getrieben haben. Weiter beleuchtete Hörsing das Treiben der gleichen Kreise, als sie gesehen hatten, daß ihnen das friedfertige deutsche Volk auch im revolutionären Zustand nichts zuleide tat. — Hörsing kam dann auf die steigende reaktionäre Flut in den letzten Tagen zu sprechen und erklärte dabei u. a. den Antisemitismus als die Parole der Verbrecher, weil sie damit auch die Seele unserer Kinder vergiften und eine Welle des politischen Mordes vom ihnen ausgeht. **Mehr als 400 Personen sind dieser Seuche in Deutschland während der letzten Jahre zum Opfer gefallen, davon ⅔ durch politische Mörder von rechts und ⅓ durch die ebenso verbrecherischen Kommunisten.** Der Redner schilderte dann seinen begeisterten Zuhörern, wie am 22. Februar 1924 durch die Gründung des Reichsbanners in Magdeburg zum ersten Male der monarchistischen Reaktion ein wirksamer Damm entgegengesetzt werden soll. Heute ist das Reichsbanner nahezu die alleinige physische Kraft der Republik. Am ersten Bundestag im nächsten Monat in Magdeburg wird das Reichsbanner die dritte Million Mitglieder überschritten haben, und es wird weiter wachsen trotz der Verleumdungen der Gegner. Schließlich stellte Hörsing fest, daß **das Reichsbanner im Gegensatz zu den Organisationen der Rechten niemals Geld von Leuten außerhalb unseres Vaterlandes genommen habe, sondern nur von deutschen Republikanern, und das ist fürwahr keine Schande.** Stürmischer und immer wiederholender Beifall dankte dem Bundespräsidenten für seine Ausführungen.

Furchtbare Urteile gegen die KPD.-Opfer.

Leipzig, 19. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonnabendnachmittag wurde im Württemberger Kommunistenprozeß das Urteil gefällt. Die Mehrzahl der Angeklagten wurden wegen Vergehens nach § 7 des Republikschutzgesetzes und wegen Beihilfe zum Hochverrat sowie wegen Verbrechens nach § 7 des Sprengstoffgesetzes und schweren Diebstahls verurteilt. Es erhielten: Marschall 6 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 600 Mk. Geldstrafe, Matthis 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 200 Mk. Geldstrafe, Ummenhofer 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 100 Mk. Geldstrafe, Zweisler, Segler, Dittmann, Weigolt, Weeser, Braun je 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe, Wagner 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe, Troit und Garmi je 1 Jahr Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe, Fischer 6 Monate Gefängnis. Frau Stern wurde freigesprochen. Sämtlichen Angeklagten werden 4 bis 8 Monate sowie die Geldstrafe auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet.

Die Zersetzung der KPD.

Dresden, 18. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Zersetzung der Kommunistischen Partei in Sachsen schreitet täglich fort. Erst kürzlich hat der frühere Landtagsabgeordnete Zipfel sein Mandat niedergelegt, weil er bei den Moskauisingern unten durch war. Jetzt ist die Abgeordnete Frau Schlag ebenfalls aus der KPD. ausgetreten. Sie will aber ihr Mandat vorläufig nicht niederlegen. Auch ein kommunistischer Stadtverordneter in Dresden ist vor wenigen Tagen aus der Kommunistischen Fraktion ausgeschieden. Neuerdings haben in Freital und Radebeul bei Dresden wieder zwei kommunistische Stadtverordnete ihre Mandate niedergelegt, da sie aus der KPD. ausgetreten sind. Auch die Ersatzmänner für die Ausgeschiedenen werden die Mandate kaum annehmen, da sie ebenfalls der KPD. schon seit einiger Zeit den Rücken gekehrt haben.

Aus aller Welt.

Großfeuer in Oppau.

Ludwigshafen, 19. Januar. (WTB.)

Im Oppauer Werk der Badischen Anilin- und Sodafabrik, und zwar in dem Gebäude, in dem sich die Oelreinigung befindet und in dem auch große Oelvorräte untergebracht sind, ist gestern abend Großfeuer ausgebrochen. Ueber die Entstehungsursache wie auch über die Höhe des Schadens konnten bis jetzt noch keine näheren Angaben gemacht werden. Nach Annahme der Fabrikfeuerwehr, die sofort tatkräftig eingriff, besteht keine Gefahr, daß das Feuer weiter um sich greift.

Der diebische Privatgelehrte.

Berlin, 19. Januar. (WTB.)

Der Privatgelehrte Dr. phil. Karl Haus in Berlin wurde wegen umfangreicher Diebstähle in Stadtarchiven von der Kriminalpolizei verhaftet. Er hat bereits ein Geständnis abgelegt. Mit ihm im Zusammenhang wurde ein bisjähriger früherer Zuschneider Karl Maria von Hohenlocher festgenommen. Die beiden wohnten zusammen, und bei einer Durchsuchung ihrer Wohnung fand man **große Mengen von Autogrammen, Briefen usw., die aus den verschiedensten Archiven stammen.**

Tod unter dem Auto.

Rom, 19. Januar. (WTB.)

In einem Ort bei Forli überfuhr gestern vormittag ein Kraftwagen, der gerade bei Unterrichtsschluß an einer Schule vorüberfuhr, zwei Schulkinder. Er kam ins Schleudern und stürzte in einen Graben, wobei er **drei weitere Kinder mit sich riß. Zwei der Kinder starben sofort, eins kurz darauf, eins dürfte kaum mit dem Leben davonkommen, während das fünfte Kind vielleicht gerettet wird.**

Besondere Saardanknoten?

Paris, 19. Januar. (WTB.)

Wie Finanzminister Clementel der Presse vorgestern mitteilte, hat die französische Regierung die Absicht, um der Inflation vorzubeugen, für das Saargebiet besondere Banknoten ausgeben, und zwar im Betrage von 400 bis 500 Millionen Franken. Dieses Geld könne durch Zeichnung auf Paris umgetauscht werden und solle gleiche Kaufkraft haben wie der französische Franken.

Riesenfeuersbrunst in Japan. Einer Agenturmeldung aus Tokio zufolge hat eine große Feuersbrunst etwa 800 Häuser in Osaka zerstört. Etwa 50 Personen sollen verletzt, keine jedoch ums Leben gekommen sein.

Erdbeben. Aus Neuyork wird gemeldet: Die Seismographen von Georgestown haben gestern vormittag ein Erdbeben in einer 8000 Kilometer Entfernung verzeichnet, dessen Herd wahrscheinlich in Japan liegt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250119-11/fragment/page=0003

Dienstag · Mittwoch · Donnerstag

Nur noch 3 Tage haben Sie Gelegenheit

Inventur-Ausverkauf

Jeder Augenblick ist kostbar

Nach wie vor die bedeutend herabgesetzten Preise in allen Abteilungen.

Herren-Strickwesten, dunkelbraun, 2reihig geknöpft	Stück	6.95
[M]änner-Barchent-Hemden, gestreift, gute Strapazierware	Stück	2.75
Herren-Sportmützen, mit Einlaß	Stück	1.95
Herren-Sportmützen, gute Qualitäten	Stück	98 ₰
Herren-Taschentücher, weiß. Linon	Stück 35 ₰	24 ₰
Bügel[t]aschen, echt Leder, Krokodil-Narbung	Stück	4.75
Möbelstoffe, zirka 130 cm breit, gewebt, schönes Muster	Meter 4,25	3.95
Stickerei, pa. Madapolame, 7 cm breit	Meter	38 ₰
Toilette-Seife, große runde Stücke	4 Stück	95 ₰

Reste und Abschnitte

Im Parterre:

Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Waschstoffe, Baumwollwaren, Handtücher, Hemdentuche, Barchente, Stickereien, Spitzen

Im II. Stock:

Gardinen - Möbelstoffe - Wachstuche

unglaublich billig.

Im Parterre und zweiten Stock auf Extratischen Riesenposten Reste u. Abschnitte.

Damen-Mäntel, aus englisch gemusterten Stoffen	Stück	5.50
Plissee-Röcke, aus reinwollenem Cheviot, marineblau und schwarz vorrätig	Stück	5.50
Uebergangshüte aus Seide, in hocheleganten Ausführungen, teilweise mit Brokat-Kombination	Stück	4.90
Damen-Schlupfhosen, warm gefüttert	Stück	1.65
Damen-Strümpfe, schwarz, mode, grau, Doppelsohle, Hochferse verstärkt	Paar	95 ₰
Damen-Handschuhe, farbig, Trikot, mit 2 Druckknöpfen	Paar	88 ₰
Kassaks, aus Seidentrikot, in schönen Farben	Stück	3.75
Bubikragen, steife Formen, zum Aussuchen	Stück	48 ₰
Klöppel- und Zwirnspitzen, 10- und 12-Meter-Coupon		95 ₰

Auf **Kleinmöbel, Korbgarnitur. und größere Bilder** vergüten wir einen Rabatt von 33 1/3 Prozent.

Leopold Nussbaum

Halle a. S. — Das führende Kauf- und Warenhaus — Gr. Ulrichstr. 60-61

Auf **angefangene und fertige Handarbeiten** gewähren wir einen Rabatt von 25 Prozent.

Vereins-Kalender

der SPD., Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Halle.

Republikanischer Frauenbund. Montag, den 19. Januar, abends 8 Uhr, im Restaurant „Schwarzer Bär", [...]gasse: Versammlung. Frl. Behse spricht über: „Die Aufgabe des Bundes". Alle Mitglieder haben zu erscheinen. Ausgabe der Mitgliedskarten. Alle republikanische Frauen und Mädchen sind herzlich willkommen. Der Vorstand

— **Arbeiterwohlfahrt** (Kindergruppe). Montag, den 19. Januar, nachmittags 4 Uhr „Volkspark": Zusammenkunft. Erzählen, Vorlesen, Volkstanz. — Mittwoch, den 21. Januar, abds. 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus" Gesamtsitzung. Abrechnen! Gäste, neue Helfer willkommen.

SAJ. Heute, 7 Uhr, Turnen. Dienstag, den 20. Januar, im Jugendheim, Musikstunde. Pünktliches Erscheinen eines jeden ist Pflicht.

[Au]s dem Bezirk.

Bitterfeld. Ortsausschuß des ADGB. Mittwoch, den 21 Januar 1925, abends 7 Uhr, im Restaurant „Bürgergarten": Kartellversammlung. Das Erscheinen aller ist Pflicht.

Wettin. Mittwoch, den 21. Januar 1925, im Kleinen „Schweizerling": Mitgliederversammlung der Partei.

Merseburg. Donnerstag, den 22 Januar, abends 8 Uhr, im „Tivoli": Mitgliederversammlung. 1. Bericht der Stadtverordnetenfraktion. 2. Abrechnung vom 3. Quartal. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Kameraden, die an einem technischen Kursus teilnehmen wollen, werden gebeten, ihre Adresse der Geschäftsleitung mitzuteilen.

— **Bezirk 2** (Nord). Montag, den 19. Januar, abends pünktlich 8 Uhr, Bezirksversammlung im Rest. „Drei Könige", Kleine Klausstraße 7. Tagesordnung: 1. Führer-Neuwahlen. 2. Fahrt nach Magdeburg. 3. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

— **Bezirk 5** (Süd). Mittwoch den 21. Januar, abends 8 Uhr, bei Naumann, Dryanderstraße 10 Sitzung sämtlicher Zug- und Gruppenführer. Sämtliches Material, Marken, Bekleidungsquittungen usw. ist zwecks Jahresabrechnung mitzubringen. Jeder einzelne muß unbedingt erscheinen.

— **Jugendabteilung.** Dienstag, den 20. Januar, abends 7 Uhr. Turnen des zweiten und dritten Zuges in der Luisenschule.

Ortsgruppe Naumburg. Freitag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, Hotel zur Post, öffentliche Versammlung. Redner: Bierbücher (Berlin) spricht über: „Revanchekrieg oder Völkerverständigung?" Freunde und Gönner sind hierzu eingeladen.

Zeitungs-Fremdwörter

Unentbehrlich für jeden Zeitungsleser

Zusammengestellt von **Karl Werner**

Zu beziehen durch die

Volksblatt-Buchhandlung Halle, Gr. Ulrichstrasse 27

Ufa

Leipziger Straße · Walhalla · Alte Promenade

Conrad Veidt in dem Großfilm: **Orlaks Hände**

Max Linder in der Groteske: **Zu Hilfe!**

Bühnenteil: Persönliches Auftreten von **Mia Pankau** als **Die Teepuppe**

Filmteil: Broadway-Fieber 6 Akte von Tanz, Sport, Liebe.

Der neue Ufa-Decla-Film **Michael** Nach dem gleichnamigen Roman von **Hermann Bang**.

247

Stadt-Theater.

Dienstag, abends 7½ Uhr: **Zar und Zimmermann** mit den Damen: Kanitz a. G. a. A. Seeliger; den Herren: Kerzmann. Grimm Katbammer Kaufmann. Wittrisch, Timäus.

Mittwoch, abends 7½ Uhr: **Die Freier.**

Koch's Künstlerspiele „Bunte Bühne"

Jägergasse 1, Ecke Gr. Ulrichstr.

Jeden Abend 8¼ Uhr: Das glänzend umfangreiche **Januar-Programm!** Staunenswert das **Radrennen** der schönen Frauen **auf der Bühne**

Ermäßigte Eintrittspreise.

Mein **Inventur-Ausverkauf** beginnt am 19. Januar 1925

Preise bis 50% herabgesetzt!

Glas · Steingut · Porzellan · Emaille · Blech · Aluminium · Nickel · Alpacca · Stahlwaren sowie sämtl. Haushaltwaren kommen zum Verkauf 387

S. H. Schönbach

Gegründet 188[?] Halle (Saale) Schmeerstraße 1

Merseburger Ueberland-Bahnen.

Fahrplanänderung vom 22. Januar 1925 an.

Linie Halle-Merseburg

ab Halle	(8³⁰)	jetzt 8²⁰	vorm.
„ Ammendorf	(8⁵⁰)	„ 8⁴⁰	„
an Merseburg	(9¹⁷)	„ 9⁰⁷	„
ab Merseburg	(8⁴⁵)	jetzt 8⁴⁰	vorm.
„ Ammendorf	(9¹²)	„ 9⁰⁷	„
an Halle	(9³⁵)	„ 9³⁰	„

389 **Die Direktion.**

Volkspark Burgstraße 27. **Das eigene Heim der Hallisch. Arbeiter**

Restaurant **Thalia-Säle**

Spezial-Ausschank: Münch. Spatenbräu

Thalia-Passage Fernruf 6818

Inh.: Emil Osborg.

Dienstag, den 20. Januar: **Gr. Schlachtefest** Ab 10 Uhr vorm.: Wellfleisch.

Wir suchen eine **I. Verkäuferin** für die Abteilung Kleiderstoffe.

Bollmann, Rahmlow & Kressmann G. m. b. H. Cöthen (Anh.) 93

Sport-Vorhemden Kl. Berlin 2 Stück 70 ₰ 383

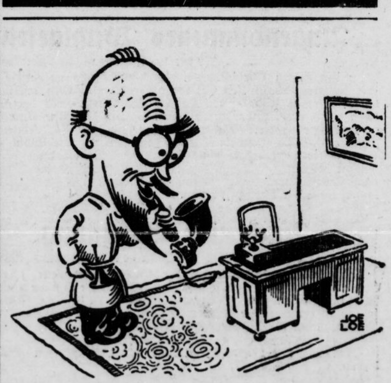
„Lachen links" Das Witzblatt der Republik!

Preis 25 Pfennig ::: ::: Zu beziehen durch **Volksblatt-Buchhandlung, Gr. Ulrichstr. 27.**

Zentralbibliothek Halle

Burgstraße 27 (Volkspark).

Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44



Aus Dr. Unblutigs Praxis.

Aufbewahren! **1.** Fortsetzung folgt

„Hier Dr. Unblutig!" — „Hier die Zofe von Madelaine Pedesudatio!" „Die berühmte Filmkünstlerin?" — „Jawohl. Das gnädige Fräulein läßt Herrn Doktor bitten, doch sofort zu kommen. Sie hatte einen Hühneraugen-Operateur ersucht, ihr ein Hühnerauge zu schneiden, und das scheint etwas zu tief gegangen zu sein, denn es blutet, und blutige Ereignisse kann das gnädige Fräulein nur im Film mit ansehen. Sie ist ohnmächtig." — „Das kommt davon, wenn Laien operieren.

Kukirolen soll sie!

Ich komme sofort. Bis dahin lassen Sie aus der nächsten Apotheke oder Drogerie folgendes besorgen. Notieren Sie bitte! Erstens eine Packung des wohltuenden Kukirol-Fußbades. Das sollte man überhaupt immer im Hause haben, wenn man einen so duftigen Namen hat, wie Fräulein Pedesudatio. Für das erste Fußbad genügt eine Packung für 30 Pfennig, die größere kostet 50 Pfennig. Das wohltuende Kukirol-Fußbad wirkt desinfizierend, muskel- und nervenstärkend, verhütet übermäßigen Fußschweiß, Brennen und Wundlaufen. Was sagen Sie? Chromsäure-Fußbäder hat das Fräulein bisher angewandt? Sind Sie denn des Teufels? Sind Sie der Arzt, oder bin ich es? Chromsäure, die allerdings leider vielfach als Fußbad angepriesen wird, beseitigt allerdings den Fußschweiß, aber nur dadurch, daß sie die Schweißdrüsen zerstört. Lassen Sie sich also nicht etwa einfallen, ein Fußbad zu benutzen, das Chromsäure enthält, sondern nehmen Sie nur das echte Kukirol-Fußbad. Zweitens besorgen Sie eine Packung Kukirol-Streupuder. Das Fußbad wendet man abends und den Streupuder morgens an. Er macht die Haut so glatt und fein wie Elfenbein, und während das Fußbad die Füße abends warm hält und deshalb besonders bei Schlaflosigkeit zu empfehlen ist, die vielfach allein von kalten Füßen herrührt, wirkt der Streupuder in derselben Weise während des Tages. Leute mit Fußschweiß sind immer sehr der Gefahr einer Erkältung ausgesetzt. Und drittens besorgen Sie eine Schachtel des ärztlich empfohlenen, in vielen Millionen Fällen bewährten Kukirol-Hühneraugen-Pflasters. Damit entfernen wir die übrigen Hühneraugen unblutig, schmerzlos und gefahrlos. Die ganze Kukirol-Kur, bestehend aus den vorerwähnten 3 Kukirol-Präparaten, kostet nur 2 Reichsmark. Achten Sie aber genau auf den Namen Kukirol und die Schutzmarke „Hahnenkopf mit Fuß". In 5 Minuten bin ich dort. Schluß."

Unsere, unter ärztlicher Leitung stehende Wissenschaftliche Abteilung erteilt gegen Rückporto kostenlos Rat und Auskunft über alle die Fußpflege und Fußleiden betreffenden Fragen. Außerdem senden wir Ihnen auf Verlangen eine lehrreiche Druckschrift über die Notwendigkeit der Fußpflege.

Kukirol-Fabrik Groß-Salze bei Magdeburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250119-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 19. Januar 1925.

Ortsverein Halle der SPD.

Heute, Montag, abend pünktlich 8 Uhr im Parteibureau:
Sitzung des Ortsvorstandes.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen dringend notwendig.

Ford in Halle.

Und die Kehrseite der Kühn-Medaille.

Vor einiger Zeit berichtigten wir die durch ein hiesiges Blatt erfolgte Nennung der Firma Gottfried Lindner in Ammendorf als künftige Teilnehmerin an den Geschäften des Auto-Amerikaners Ford dahin, daß noch keine Tatsachen zu melden seien, die auf eine derartige, zweifellos sehr zu begrüßende Zunahme der Arbeitsgelegenheit für unsere Einwohnerschaft schließen ließen.

Aber etwas war doch an der Sache. Zwar Lindner kam nicht in Frage, aber die Nase Fords hat doch nach Halle hineingerochen und die Vorteile der zentralen Lage in Verbindung mit der günstigen Beschaffung der Betriebsmittel und Materialien erkannt. So zeigt nun dieselbe Zeitung ihrem Leserkreise eine andere Medaille auf. Deren eine Seite zeigt den Amerikaner Ford in kapitalistischer Umschlingung mit dem hiesigen Autofabrikanten Otto Kühn, — jedermann bekannt als Inhaber einer in den Kriegsjahren noch sehr kleinen Autoreparaturwerkstätte, die sich unter dem wohltätigen Einfluß des deutschen Rückzuges, bei dem so mancherlei Wertvolles für schwarzweißrote Vaterlandsfreunde abfiel, zu einer großen Fabrikanlage auswuchs, die nunmehr an fascistischen Festtagen mit Fahnen nur so schwarzweißrot bespickt ist. „Wer gut schmert, der gut fährt!" heißt es mit Recht. Und wie ist im letzten Kapitalistenkrieg und danach noch geschmiert worden! Die Landesautostelle in Hannover verkaufte damals z. B. ein Auto für 600 Mark, das schon wenige Augenblicke später für 4000 Mark weiterveräußert wurde. Bei solchen Geschäften troff dem Kapitalistenmaul das Fett nur so aus den Mundwinkeln. Die weniger glücklichen kleinen Konkurrenten des Herrn Otto Kühn in Halle werden dieser Tage mit stillem Neid gelesen haben, daß bei den Schmiere- und Liebesgeldern, die damals flossen, der in diesem Zusammenhang mit vier Monaten Gefängnis verurteilte Kaufmann Otto Dunker aus Kassel (seinerzeit aktiver Offizier im kaiserlichen Heere) auch 20 000 Emmchen als Anteil an einer Summe von 120 000 Mark nahm, die von einem sehr, sehr geschäftstüchtigen Autohändler kam — und ausgerechnet aus Halle! Wie er heißt? Schwer zu erraten! Bei dem war Frau Justitia rücksichtsvoller.

Nun könnte man den Mantel verzeihender Nächstenliebe über alles decken, was gewesen ist, wenn nur ähnlichen Dingen für die Zukunft vorgebeugt und derartige Herrschaften unter sich gelassen würden. Aber die aufgezeigte Medaille hat noch eine Kehrseite, und die trägt das Bild des Herrn Otto Kühn in enger Umschlingung mit der Stadt Halle. Man lese, was der rührige Zeitungsmann zu berichten weiß:

„... Diese geplante großzügige Einrichtung (gemeint sind die in der Burgstraße projektierten großen Fabrikbauten für Kühn) bedarf aber der Unterstützung bzw. Förderung durch die Stadtverwaltung. Es steht zu hoffen, daß hier die nötige Einsicht für dies Bedürfnis vorhanden ist und der guten Absicht die Unterstützung der städtischen Körperschaften nicht versagt wird. Herr Stadtbaurat Joest, der für das Kühnsche Vorhaben besonderes Interesse bekundet, hat erst dieser Tage Veranlassung genommen, persönlich Einsicht in das Getriebe des Unternehmens zu nehmen und hat die Besichtigung mit dem Versprechen geschlossen, die wohlgemeinten guten Absichten Kühns nach Kräften an geeigneter Stelle zu unterstützen." Freund Schmock schließt mit der Hoffnung, daß sich „in unserm Stadtparlament einige beherzte Männer finden, um die Verkehrsfrage sogleich . . . ernstlich aufzuwerfen."

Wir fragen Herrn Otto Kühn: Was geht die Stadtverwaltung Ihr Geldsackinteresse an? Ist es nicht genug, daß die hallische Arbeiterschaft zu gegebener Zeit bei schlechter Bezahlung zum Ausbeutungsobjekt wird? Wir fragen die Stadtverwaltung, ob es nötig war, halboffiziell die Nase in die Ford-Kühnschen Interessen zu stecken, die selbstverständlich die kleinen Autowerkstätten erdrücken werden. Wir fragen Herrn Stadtbaurat Joest, weshalb er die Kühnschen Anlagen mit dem Versprechen verlassen hat, ausgerechnet die Absichten dieses Kühn an geeigneter Stelle nach Kräften zu unterstützen?

U. A. w. g.

Reichsschulwoche.

Die Universitätsstadt Halle hat soeben in Gemeinschaft mit vielen anderen deutschen Stadt- und Landgemeinden eine „Reichsschulwoche" überstanden. Sie war evangelisch-konfessionellen Charakters, wie die am 11. Januar in der Marktkirche abgehaltene Versammlung zeigte. Auch spielten sich die übrigen Teile des Programms innerhalb derselben Kreise ab. Die große Oeffentlichkeit hat deshalb hier wie auch anderswo nicht viel von dieser Propagandawoche gemerkt. Dennoch hat die Allgemeinheit allen Grund, sich mit ihr zu beschäftigen.

Hinter dem Namen „Reichsschulwoche" verbirgt sich nämlich die Teilerscheinung eines Vorganges von gewaltiger innenpolitischer Bedeutung. Handelt es sich doch um den Versuch, die heutige Staatsgewalt zu einem „Gang nach Kanossa" zu zwingen. Die protestantische Kirche, sonst feindlicher Bruder der römischen, ist in der Ausnutzung politischer Sachlagen stets gelehriger Schüler der Kurie gewesen. Beide zusammen haben 1919 das Weimarer Schulkompromiß und am 15. Januar das Konkordat von München erzwungen. Beiden zusammen verdanken auch die Krisenmacher in der Reichsregierung ihren scheinbaren Erfolg. Dabei übersieht die protestantische Kirche, daß sie sich in eigener Flamme verzehrt, wenn sie sich die Bestimmungen des römischen Konkordats über die Bindung an das Bekenntnis in sämtlichen Unterrichtszweigen zu eigen macht. Sie verneint damit die Freiheit der Lehre und zerschlägt so den Grundstein des Protestantismus. Alle die, die sich am vorigen Sonntag hier in Halle dazu bewegen ließen, der ihnen von den Drahtziehern vorgelegten Entschließung zuzustimmen, in welcher Konfessionalisierung aller Unterrichtsstunden, sämtlicher Lehrbücher und der Lehrervorbildung gefordert wird, sind auf diese Weise ihre eigenen Totengräber geworden.

Uns kann das schließlich gleich sein. Sollten sie jedoch auch weiterhin wie bisher die erste Geige in nationalen Angelegenheiten spielen wollen, so haben wir anderes das entschieden abzulehnen. **Die Internationalität der römischen Kirche und mit ihr die der evangelischen Konfession stellt die internationalen Belange anderer Kreise vollkommen in den Schatten!** Rücksichtslos nutzt man sie da, wo es möglich ist, zu eigenem Vorteile aus. Reichsverfassung, Landesverfassung sind vorhanden oder nicht vorhanden, je nachdem wie es „trefft". Nur Uneingeweihte können noch Kirche und Vaterland für ein und dasselbe halten. Jedoch haben scheinbar solche Stimmen recht, die behaupten, daß erst im Zeichen so spannt es den greisen Philosophen mit dem Glanztitel vor den beider Konfessionen Aussprüche und Handlungen führender Sozialdemokraten, also solcher Leute, die zu den entschiedensten Verfechtern der Republik gehören, um sich einen Schein des Rechtes zu retten. Erwähnt sei nur die Rede des belgischen Genossen Destrée am 26. Juni 1921 und der vom Genossen Schulz bearbeitete Reichsschulgesetzentwurf. Vorgeschichte und Begleitumstände werden aber stets wohlweislich verschwiegen. Der August 1914 und der August 1919 haben vor aller Welt bewiesen, daß sich die Sozialdemokratie um des Vaterlandes willen tief beugen kann, und heute noch gibt es keine Partei, die sich so eng an die Verfassung hält wie die Sozialdemokratie. Sie hat sich damit ihren Kampf gegen Rom und Wittenberg auf das äußerste erschwert. Nun aber schwenkt das Zentrum um der Schule willen vom schwarzrotgoldnen Banner ab, und die Fesseln lockern sich.

Wohlan, der erste Angriff, den die einzigen Vertreter des deutschen Staatsgedankens gegen seine Verräter zu führen haben, er nehme sich die Befreiung der Schule zum Ziel! Tausende von Lehrern, Hunderttausende von Eltern, auch solche, die bisher verblendet waren, werden es der Sozialdemokratie danken.

Ortsverein Halle SPD.

Donnerstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkspark" (Restaurationssaal):

Mitglieder-Versammlung

Ministerpräsident a. D. Stelling-Berlin
spricht über:

Der Rechtskurs in Deutschland.

Freunde der Partei, Reichsbannerkameraden können durch Mitglieder eingeführt werden.

Der Vorstand.

Die Invaliden im Kampf.

Generalversammlung des Zentralverbandes der Rentner und Invaliden.

Gestern war im „Volkspark" der Zentralverband der Invaliden und Rentner zu ernster Arbeit zusammengetreten, sollte doch Abrechnung über das vergangene Jahr gehalten und der geschäftsführende Vorstand für das neue Jahr gewählt werden. Zu Beginn der Versammlung mußte unter allseitiger Teilnahme mitgeteilt werden, daß der von allen Mitgliedern verehrte greise Vorsitzende, Kollege Adolf Thiele, wegen plötzlicher schwerer Erkrankung nicht erschienen war. Den Geschäftsbericht gab Kollege Schönlank. An Stelle des Kollegen Thiele gab Kollege Hein den Kassenbericht und den Bericht über den Stand der „Deutschen Invaldenhilfe". Aus allen drei Berichten ergibt sich ein unendliches Maß gewissenhafter Arbeit und Aufopferung. Leider hat der Tod in die Reihen der Verbandsfunktionäre große Lücken gerissen, die zu ergänzen sind. Neben dem Geschäftsbericht wurden auch die dringlichsten Forderungen der Rentner an Reich und Gemeinde präzisiert. Der Verband fordert die alsbaldige Erhöhung der Invalidenrenten auf 35 Mark monatlich; die soziale Fürsorge muß ihres tatsächlichen Charakters als Armenpflege unter allen Umständen wieder entkleidet werden. Die in die Fürsorgekommissionen hineingewählten Kollegen müssen dort unermüdlich arbeiten! Die Gemeinden sollen für die Zukunft den Kindern von Fürsorgeempfängern nicht die Lasten im Regreßwege abfordern. Dem alten Vorstand und dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die dann vorgenommene Wahl des neuen Vorstands hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Schönlank. 2. Vorsitzender: Thiele, 1. Schriftführer: Noack, 2. Schriftführer: Frau Hartmann, Kassierer: Hehn; zu Beisitzern: Hanf, Becker und Bock; zum Obmann der Revisoren, zugleich als Vertreter der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder Ferchland, als Revisoren Hanke und Bräse. Kollege Schönlank gab sodann eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen bekannt. So hat der Verband außer seinen gewöhnlichen Nachmittagssprechstunden eine besondere Rechtsauskunftsstunde eingerichtet, die jeden Mittwoch 11 bis 2 Uhr in der Talamtschule stattfindet. Eine Anzahl weiterer Mitteilungen betrafen die am kommenden Sonntage stattfindende Gaukonferenz, zu der noch Quartiere erwünscht sind. Nachdem noch aus der Mitte der Versammlung heraus dem alten Vorstand, besonders dem Kollegen Thiele der Dank für seine aufopfernde Tätigkeit ausgesprochen war, wurde die Versammlung geschlossen.

*

Dazu wird uns geschrieben: Am kommenden Sonntag findet im „Volkspark" die diesjährige Gaukonferenz des Zentralverbandes der Rentner und Invaliden statt. Am Sonnabend, abends ½8 Uhr, wird im kleinen Saal eine Begrüßungsfeier stattfinden. Die Lage der Rentner und Erwerbsbeschränkten aller Kategorien beginnt wieder weite Kreise zu interessieren, hat doch gerade die Stabilisierung das an diesen Schichten begangene Unrecht aufgezeigt. Jüte Lage bedeutet nach wie vor amtlich sanktioniertes Elend. Wir versichern an dieser Stelle die Rentner und Invaliden unserer vollsten Sympathie. „Volksblatt" und Sozialdemokratische Partei haben seit jeher den Kampf um Besserstellung der Elendsklasse mit rücksichtsloser Energie geführt. Beide werden den Rentnern in der kommenden schweren Zeit auch weiterhin Führer und Berater sein!

Schminke und Tinte.

Unter diesem Aushängeschild hatte der nur in seinem Anzeigenteil gelesene „Generalanzeiger" einen öden Rummel veranstaltet, natürlich im wilhelminisch eingeschworenen „Stadtschützenhaus". Zunächst trat man an die hiesigen Opern- und Theaterleute heran und teilte sie allesamt für den wohltätigen Zweck. Die Zwecke des Kapitalismus sind bekanntlich immer wohltätig. Man sagte den Leuten von der Schminke aber sehr ungeschminkt, daß ihr Theateralmanach auf dem Fest unbedingt der Reklameschrift des „Generalanzeiger" zu weichen habe. Aber auch die Tinte mußte bluten, und zwar schon in der vorbereitenden Propaganda in den „Generalanzeiger"spalten. Um etwas ganz Besonderes zu bieten verleitete man den altbekannten Philosophen Geheimen Rat Professor Dr. Hans Vaihinger, der — reim dich oder ich fresz dich! — nachstehende fossile Verse vom Stapel ließ:

Wie können „Schminke" und „Tinte" jemals sich berühren?
Wie kann so Unverwandtes man zusammenführen!
Wird Beides schlecht gebraucht, so nennt man Beides:
„Schmieren".

Doch das kann ja in unserm Halle nie passieren!
Das hiesige Theater gibt ja stets das Beste,
Kein Künstler bietet hier nur schlechte, schale Reste.
Nur Gutes leisten wir auch zu dem heutigen Feste:
Gebt Euer Urteil ab, ihr lebensfrohen Gäste!

Die Verse sind nicht gerade schön, aber sie waren dem „Generalanzeiger" für seine Zwecke hochwillkommen. Die Gelegenheitsleistung eines als Kantforscher immerhin weitbekannten Mannes ist dem Blatte gut genug für seine Profitabsichten. Und so spannt es den greisen Philosophen mit dem Glanztitel vor den Reklamepflug. Am Sonntag in der Frühe aber sah man die zahlreichen Fünfmarkgäste aus dem schwarzweißrot dekorierten „Stadtschützenhaus" heimwanken. Denn das Geschäft hat geblüht. Sie „strömten" nur so herbei. Und in den Sälen strömten Kognak, Schampus und sehr wahrscheinlich auch die edlen „Haweru"-Schnäpse Ehren-Kutschkes. Und gefiedelt wurde und getanzt und gebalzt, daß es nur so eine Art hatte. Und die „Generalanzeiger"-Leute rieben sich die Hände, denn die Sache rentiert sich durch den guten Eindruck im allgemeinen und die reichlichen Druck- und Inseratauftrage im besonderen. „Ja, ja, das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein . . ."

„Herr Wirt, bitte das ‚Volksblatt'!"

Diese Worte richtete neulich ein Gast an den Wirt seines Stammlokals. Der Herr Wirt verzog die Schultern und sagte entschuldigend: „Bedaure sehr, mein Herr, das „Volksblatt" ist nicht da." Damit gab sich der Gast zufrieden. Andern Tags richtete er die Frage an den Wirt, ob das „Volksblatt" denn jetzt da sei, worauf dieser sich an seine bessere Hälfte wandte und mit blinzelndem Auge fragte: „Mutter, haben wir denn das „Volksblatt" in den letzten Tagen nicht mehr bekommen?" „Nein," sagte die gute Wirtsfrau etwas verlegen. Worauf der Gast bemerkte: „Mit den letzten Tagen meinen Sie wohl die letzten Monate, denn sooft ich in letzter Zeit bei Ihnen war, das „Volksblatt" suchte, war es nicht zu finden. Da es aber früher immer vorhanden war, haben Sie oder Ihre Frau Gemahlin das Blatt wohl abbestellt, sonst würde es die Botin doch sicher bringen", trank sein Bier aus und verließ, ohne ein weiteres Wort zu sagen, das Lokal. Als er nach einer Woche die Wirtschaft wieder betrat, hing das „Volksblatt" neben den übrigen Zeitungen.

---

* **Vorort „Halle-Trotha".** Amtlich wird mitgeteilt: Der an der Bahnlinie Halle—Halberstadt gelegene Bahnhof 2. Klasse Trotha erhält vom 1. März 1925 an die Bezeichnung „Halle-Trotha". Damit rückt Halle in die Reihe derjenigen Städte, denen es bereits früher gelungen ist, ein Netz von Vorortbahnhöfen um sich zu ziehen. Mit dieser Namensänderung findet ein langgehegter Wunsch endlich seine Verwirklichung.

* **Eine furchtbare Entdeckung.** Am Sonnabend wurde wahrgenommen, daß man den Händler Oskar Kranke, wohnhaft im Erdgeschoß des Grundstücks Streiberstraße 37, seit etwa sechs Wochen nicht mehr gesehen hatte und seine Wohnung von innen verschlossen war. Als die Wohnung durch einen Schlosser geöffnet wurde, fand man den Händler erhängt vor. Die Leiche war schon stark in Verwesung übergegangen, so daß anzunehmen ist, daß der Selbstmord, um den es sich zweifellos handelt, schon vor einigen Wochen begangen worden ist. Ueber den Grund zur Tat ist bisher nichts bekannt geworden.

* **Bewußtlos auf der Straße.** Am Sonnabendabend wurde in der Seebener Straße ein Mann in bewußtlosem Zustande aufgefunden. Da er sich auf der Polizeiwache nicht erholte, mußte er mit dem städtischen Krankenwagen der Klinik zugeführt werden. — In der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr wurde in der Gr. Steinstraße ein 30jähriges Mädchen infolge Trunkenheit von Krämpfen befallen. Es wurde in Schutzhaft genommen.

* **Ueber einen merkwürdigen Zusammenstoß mit einem Kriegsblinden** meldet der Polizeibericht: Am 18. Januar gegen 2½ Uhr nachts entstand vor dem Grundstück Hardenbergstr. 1 eine Schlägerei zwischen einen Kriegsblinden und einer anderen männlichen Person. Der Kriegsblinde wurde hierbei im Gesicht leicht verletzt. Beide Personen wurden der Polizeiwache zugeführt.

Film und kleine Bühne.

* **In den C.-T.-Lichtspielen Gr. Ulrichstraße** zeigt Harry [illegible] dem Film „Der Mann ohne Nerven" wieder sein altes Können. Eisernen Wille, Entschlossenheit und Mut des Mannes siegen gegenüber hochklingendem Namen beim Weibe. So wie fast jeder Film mit dem wechselleitigen Liebesspiel gewürzt ist, fehlt es natürlich auch in diesem nicht daran. Der heitere Teil wird mit dem Zweiakter „Ausgerechnet — Liebe" seinem Namen entsprechend ausgefüllt.

* **Modernes Theater** Die Direktion des Modernen Theaters ist immer bestrebt, ihren Besuchern den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Mit dem gegenwärtigen Programm ist ihr dies auch voll und ganz gelungen. Otto Werner als Anlager entledigte sich seiner Aufgabe in bekannter Weise. Die jugendliche Groteskkünstlerin Regina Paris erntete für ihre mit großer Gewandheit aufgeführten Tänze reichen Beifall, ebenso die Vortragskünstlerin Gretel Wittmann. Die Schlager des Abends waren „Incognito", Operette in einem Akt von Hans Ungar, Musik von F. Richardy, in welcher besonders Willi Schur wieder mit seinem bekannten Humor aufwartete, sowie „Prinz Guttalin, Original-Burleske in einem Akt von Jean Blatzheim, welche uns den Verfasser in seiner schon seit Jahrzehnten bekannten Urwüchsigkeit vorführt. Brausender Beifall belohnte alle Mitspieler.

Wettin. Aus der Stadtverordnetenversammlung. In ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre hatte unser Stadtparlament eine ziemlich umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Zu Beginn der Sitzung erinnerte der Vorsteher an die ernsten Zeiten und Pflichten und führte vor Augen, wie schwer es ist, bei den jetzigen finanziellen Verhältnissen zum Wohle der Stadt zu arbeiten. Bei den Wahlen des Stadtverordnetenbureaus wurde als Vorsteher der Bücherrevisor Hugo Spott mit 8 Stimmen (6 Zettel waren unbeschrieben) wiedergewählt. Damit die Stadtverordneten sich an der Beratung der Tagesordnung besser beteiligen können, wurde der Stadtassessor Müller als Protokollführer gegen eine jährliche Pauschalsumme gewählt. Stadtv. Dohrenwendt erstattete Bericht über den Stand der Stadthauptkasse. Am 29. Dezember 1924 war ein Bestand von 2892,71 Mk. vorhanden. Auf Antrag wurde der Bureaureinigungsfrau, welche bisher monatlich 9 Mk. erhielt, 15 Mk. bewilligt. Infolge Krankheit des Polizeibetriebsassistenten mußte die Stadt einen Vertreter einstellen, wodurch ein Kostenaufwand von monatlich 130 Mk. entstanden ist. Die Kosten wurden bewilligt. Auf Antrag des Stadtarbeiters auf Lieferung von wasserdichtem Schuhwerk zum Reinigen der Wassergräben wurde mit 8 gegen 6 Stimmen eine einmalige Beihilfe von 15 Mk. bewilligt. Der Antrag des Polizeihilfswachtmeisters auf Anstellung als Beamter wurde abgelehnt. Ein Antrag auf Wiedereinführung der Schifferschule wurde abgelehnt. Sollten die Teilnehmer gewillt sein, die Kosten selbst zu tragen, so würde die Stadt Zimmer, Heizung und Licht zur Verfügung stellen und der Abhaltung des Unterrichts nichts entgegensetzen. Eine ausgiebige Aussprache fand über die Pflasterung des Mühlweges statt. Schon seit 20 Jahren ist der Mühlweg ein Streitobjekt der städtischen Körperschaften, und noch immer ist keine richtige Lösung gefunden. Jetzt hat die Firma Thielicke der Stadt einen Vertrag übersandt, wonach die Stadt verpflichtet wird, den Mühlweg bis 1930 in seiner ganzen Länge mit nur guten Reihensteinen dritter Sorte aus Löbejüner Steinbrüchen zu pflastern. Zu den entstehenden Kosten will die Firma Thielicke die Hälfte beitragen. Weiter verpflichtet sie sich, zu den Pflasterungskosten der Bahnhofstraße ½ zu zahlen, auch ist sie bereit, ½ zu den Ausbesserungskosten des Mühlwegs zu tragen. Würde die Stadt nicht pflastern oder den Weg in fahrbarem Zustande erhalten — der Weg ist nach sachmännischem Gutachten gefahrdrohend —, so kann die Firma Schadenersatz verlangen. Ein schöner Vertrag, aber woher das Geld nehmen? Die Stadt hat im vergangenen Jahre etwa 845 Meter pflastern lassen, worauf noch heute eine Schuldenlast von rund 9000 Mk. liegt. Der freiwilligen Feuerwehr wurde zur Errichtung eines Steiger- und Schlauchtrockenturmes ein Darlehen von 3000 Mk. gegen 8 Prozent Zinsen und 2 Prozent Tilgung gewährt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250119-11/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Die Unfallgefahren und ihre wirksame Bekämpfung.

Die erschreckend große Anzahl Betriebsunfälle mit ihren verheerenden Folgen, mit deren Bekämpfung und Herabminderung sich Staat, Selbstverwaltung, Gewerbeaufsicht, Berufsgenossenschaften und, was an dieser Stelle ganz besonders betont werden muß, sämtliche Arbeiterorganisationen ganz eifrig beschäftigen, hat die Reichsarbeitsverwaltung in diesem Jahre veranlaßt, ganz besondere Maßnahmen zu ergreifen, mit deren Hilfe man dem gesteckten Ziele näherzukommen glaubt. Um den Lesern einmal zu zeigen, welche enorme Aufgabe den in Frage kommenden Instanzen und vornehmlich den Industriearbeitern selbst zufällt, wollen wir zur besseren Würdigung einige statistische Zahlen anführen:

Die von den Betrieben gemeldeten Unfälle betrugen im Jahre 1921 500 000; hiervon tödliche Unfälle 6400, mit dauernder Erwerbsunfähigkeit 17 000. Im Jahre 1922 betrug die Gesamtzahl der Unfälle 498 173, hiervon mit tödlichem Ausgang 5911 oder pro 1000 Beschäftigte 44,62 bzw. 0,58. Bei der Knappschaftsberufsgenossenschaft ist der Prozentsatz noch ungünstiger, es kommen hier auf 1000 Beschäftigte 87,34 bzw. 1,66, in der Chemischen Industrie 45,01 bzw. 0,71 und in der Sektion V, die für Mitteldeutschland maßgebende Chemische Industrie, 42,39 bzw. 0,55.

Von der Erkenntnis ausgehend, daß die in den Betrieben ausgehängten Unfallverhütungsvorschriften sehr leicht in Vergessenheit geraten, von dem größten Teile der Beschäftigten nicht einmal gelesen werden, ein weiterer Teil die Gefahren nicht einmal erkennt, hat die Reichsarbeitsverwaltung versucht, durch Herausgabe eines Preisausschreibens Bilddrucke zu erlangen, mit deren Hilfe dauernd gezeigt werden soll, welchen Betriebsvorgängen dauernd Beachtung geschenkt werden muß. Der Grundgedanke hierfür war, künstlerisch und technisch auf der Höhe befindliche Darstellungen zu bieten, die den weiteren Vorzug besitzen, leicht faßlich zu sein und im weiteren dem Empfinden und der Geschmacksrichtung der deutschen Arbeiter Rechnung zu tragen. Ueber die Art der Ausgestaltung war den Künstlern freie Hand gelassen, jedoch darauf hingewiesen, daß sich in der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg eine Ausstellung ausländischer Reklametafeln befindet, die immerhin wertvolle Fingerzeige bieten. Es muß zugegeben werden, daß die vornehmlich von Holland und Amerika stammenden Wandbilder nicht immer dem Empfinden der deutschen Arbeiterschaft angepaßt sind, aber doch etwas so Fesselndes besitzen, wie es in den eingereichten deutschen Zeichnungen nur ganz selten zum Ausdruck gelangt. Einige recht wertvolle Zeichnungen stellten die Gefahren im Bereich des Baggers dar, in denen Unvorsichtigkeit und Außerachtlassung der Betriebsvorschriften in den meisten Fällen tödlich verlaufen. Ferner einige Bilder, welche die Verstümmelungen durch ungeschützte Kreissägen zeigen, die jedoch nur dort möglich sind, wo die Gewerbeaufsicht nicht mit der nötigen Schärfe und Sorgfalt arbeitet. Auch für das Transportgewerbe, die vorschriftwidrige Abladung von Lasten darstellend, können einige Bilder hervorgehoben werden. Die Darstellung der Unfälle an Betriebsmaschinen, hervorgerufen durch zu lose sitzende Kleidung, durch Auflegen der Treibriemen während des Betriebsganges, durch unvorsichtiges Schmieren usw. muß als weniger gut gelungen bezeichnet werden. Einigen Künstlern kann sogar mit gutem Gewissen nachgesagt werden, daß sie in ihrem Leben bestimmt noch keinen Blick in irgendeinen anderen Betrieb als in ihre Malstube getan haben, auch für die Forderung der Auftraggeber, dem Empfinden und der Geschmacksrichtung der deutschen Arbeiter im weitgehendsten Maße Rechnung zu tragen, nicht das geringste leisteten.

Nach wie vor muß es das Bestreben aller Behörden und Versicherungsträger sein, jede sich bietende Gelegenheit zu benutzen, diesem grausamen Morden energisch Einhalt zu bieten, nicht deutlich genug kann den Unternehmern und Arbeitern gezeigt werden, welche Folgen Gleichgültigkeit und Nichtbeachtung oftmals nach sich ziehen.

Am Schlusse soll noch zu einer, und zwar der größten Gefahr, von der hauptsächlich die Arbeiter der chemischen Industrie betroffen werden, Stellung genommen werden. Die Gewerbekrankheiten, die, weil sie sich nur selten mit dem heutigen Unfallbegriff in Zusammenhang bringen lassen, aber trotzdem Tausenden von Arbeitern ein frühes Siechtum und Tod bringen, ohne daß die Unfallversicherung für diese armen Opfer oder deren Hinterbliebenen aufzukommen hat, ist in den Kreis der Bemühungen der Reichsarbeitsverwaltung nicht mit einbezogen worden. Die Künstler, die hier Demonstrationsbilder zeichnen können, sitzen nicht in den Malstuben, sondern in modernen Laboratorien. Es dürfte sehr wünschenswert sein, wenn die Veranstalter der Kurse für Gewerbehygiene (ein solcher Kursus, geleitet von Professor Dr. Curschmann (Wolfen) fand im Sommer 1924 in Halle statt) die erforderlichen Zeichner für die Entwürfe der Reichsarbeitsverwaltung zur Verfügung stellen würden.

Hypothekenzinszahlungen und Hauszinssteuer.

Die vom bebauten Grundbesitz nach der Preußischen Steuernotverordnung vom 1. April 1924 veranlagte Hauszinssteuer ist, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, mit Wirkung vom 1. Januar 1925 an auf Antrag um denjenigen Geldbetrag zu vermindern, der infolge Aufwertung alter, nicht wertbeständiger Hypotheken oder Reallasten in Form von Zinsen oder in Form einer wiederkehrenden Leistung an den Gläubiger oder an den aus der Reallast Berechtigten zu zahlen ist. Die Verminderung darf im Jahre 1925 bei Hypothekenforderungen nicht mehr als 2 Prozent der auf 15 Prozent aufgewerteten Hypothek, bei Reallasten nicht mehr als 40 Prozent der auf 15 Prozent aufgewerteten wiederkehrenden Leistung ausmachen. Die Anträge sind bei dem zuständigen Katasteramt zu stellen.

Wie festgestellt ist, sind die bereits gestellten Anträge dieser Art durchweg unvollständig und müssen daher alsbald erneuert werden.

Der Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzer E. V. in Berlin C 2 hat im Einvernehmen mit dem Preußischen Finanzministerium ein Formular nebst Anleitung zur Ausfüllung ausgearbeitet, das auch jeder nicht organisierte Hauseigentümer durch die Geschäftsstelle der lokalen Hausbesitzerorganisationen beziehen kann. Eine ausführliche Anleitung und Erläuterung der gesetzlichen Bestimmungen, die für die Steuerminderung in Frage kommen, ist in Nummer 2 der Zeitschrift „Das Grundeigentum" abgedruckt. Den Hauseigentümern wird in ihrem eigensten Interesse empfohlen, sich dieses Antragsformulars zu bedienen.

Achtung, Ortsvereine!

Für die Zeitungsagitation weisen wir nochmals darauf hin, daß Freiexemplare des „Volksblatt" als Werbenummern zur Verfügung gestellt werden.

Wir ersuchen die Ortsvereine, sofort mitzuteilen, wieviel und für welche Tage Freiexemplare benötigt werden.

Kein Ortsverein darf die Zeitungsagitation vernachlässigen.

Bezirksleitung der SPD.

Merseburg. Die Gemüter haben sich beruhigt. Das Gerücht von einer Sitzverlegung der Regierung, das, von den „Hallischen Nachrichten" angefangen, durch die gesamte mitteldeutsche Presse lief, hat viele Gemüter sehr in Unruhe gebracht. Der hiesige „Korrespondent" nahm es uns übel, daß wir die Sache nüchterner betrachteten, und warf uns vor, wir wollten „die Wachsamkeit der Merseburger Oeffentlichkeit gegenüber diesem Plane einschläfern". Das ist uns natürlich gar nicht eingefallen, denn wir haben gar keine so große Sehnsucht danach, zu den vielen Reaktionären, die wir schon in Halle haben, auch noch die deutschnationalen Stahlhelmleute aus dem Merseburger Regierungsgebäude nach Halle zu bekommen. Mittlerweile haben die Merseburger aber unseren Rat befolgt und die Gemüter haben sich beruhigt. Jetzt teilt der „Korrespondent" selbst mit, daß er an zuständiger Stelle erfahren habe, daß im preußischen Innenministerium von einer Sitzverlegung der Merseburger Regierung nichts bekannt sei und auch keinerlei diesbezügliche Erwägungen schweben. Es war also wieder einmal viel Lärm um nichts.

Merseburg. Aus der Haft entlassen. Zu dem Vergiftungsversuch auf die Inhaberin eines hiesigen Schokoladengeschäfts erfahren wir noch, daß der in Haft genommene Erbe aus Meuschau vom Amtsgericht wieder entlassen ist.

Braunsdorf. Wo bleiben die Elternbeiräte? Man schreibt uns: Es ist eine alte Tatsache, daß Kinder von Arbeitereltern in den Dorfschulen oft ganz erheblich benachteiligt werden. Obwohl des öfteren festgestellt werden konnte, daß Bauern- und Beamtenkinder in Schulkenntnissen weit hinter den Arbeiterkindern zurückblieben, beherrschen diese die ersten Plätze. Ganz besonders der Herr Hauptlehrer hat diesbezüglich etwas los. Auch von dem hiesigen Hauptlehrer wird behauptet, daß er gar kein großes Interesse mehr an der Bildung der Kinder zu haben scheine. Die Schüler hätten sehr wenig Respekt vor ihm, weil er sich oftmals wie eine — Mutter benehme, welche ihren Säugling beruhigt. Daher komme es, daß die Schüler seine Anordnungen oftmals nicht befolgen. Während der Pausen übertrage er die Aufsicht ganz einfach dem ersten Schüler, der mit ziemlich weitgehenden Rechten vom Herrn Hauptlehrer bedacht sei. Wenn es aber auf Grund dieser Verhältnisse unter den Schülern zu Raufereien komme und mancher sogar blutig geschlagen werde, komme dieses auf das Konto des Hauptlehrers. Es wäre besser für den Herrn Hauptlehrer, daß er Interesse an seinen Schülern zeigt als den schwarzweißroten Helden nachzulaufen. Er muß wissen, daß er Staatsbeamter ist und von der Republik bezahlt wird. Herr Hauptlehrer, Sie sollten lieber die Schüler über die Reichsverfassung aufklären als auf die republikanische Staatsform schimpfen!

Sangerhausen Bildungsabend. Wie wir schon berichteten, haben sich eine Anzahl Genossen zusammengetan, die aus eigener Kraft Bildungsarbeit leisten wollen. Vorläufig hat sich eine volkswirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft gebildet, die jeden Montag pünktlich 8 Uhr abends ihre Bildungsabende im „Herrnkrug" abhält. Jeder Genosse, dem es ernstlich um seine Weiterbildung zu tun ist, ist zur Teilnahme freundlichst eingeladen. Am heutigen Montag, dem 19. Januar, wird mit der Behandlung der materialistischen Geschichtsauffassung, der Grundlage sozialistischen Denkens, begonnen.

Sangerhausen. Neubau des Finanzamtes. Im Reichshaushaltsplan für 1925, der jetzt dem Reichstag zugegangen ist, befindet sich auch eine Anforderung von 160 000 Mk. für einen hier zu errichtenden Neubau des Finanzamtes. Die seit langem schwebende Frage, ob wir, wie vor Jahresfrist das Versicherungsamt, etwa auch das Finanzamt wieder verlieren würden, ist also offenbar zugunsten seines Weiterverbleibens in Sangerhausen entschieden worden. Als Bauplatz hat bekanntlich die Stadt Gelände an der Neuen Weide unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Dort ist jetzt überhaupt geradezu ein neuer Stadtteil im Entstehen begriffen. Zweifellos ist dort, in verhältnismäßiger Nähe des Bahnhofs, auch die Lage des Finanzamtes günstig. Daß der Friedhof gleich anstößt, wird bei der bekannten Trauerstimmung der meisten Pilger zum Finanzamt sicher nur abrundend wirken! Der Reichshaushaltsplan betont, daß das Finanzamt jetzt in einem ungeeigneten Gasthofsgebäude mietweise untergebracht ist und die Raumverhältnisse so beschränkt sind, daß die Arbeitsfähigkeit des Amtes wesentlich darunter leidet. Der Neubau wird dem sicherlich abhelfen. Ob man aber nicht billiger dasselbe erreicht hätte, wenn man 1920 den vom Genossen Kasparek als Landrat vermittelten Kauf des Hotels „Thüringer Hof" abgeschlossen hätte? Mindestens hätte man die erdrückende Wohnungsnot in Sangerhausen nicht in dem Maße vermehrt, wie es durch die Freimachung der Wohnungen geschehen ist, die das Finanzamt jetzt belegt hat.

Berga (Kyffh.). Unerhört hohe Miete verlangt der Grubendirektor Pohl, Halle (Saale), Magdeburger Straße 48. In seinem Hause in Berga war bis vor einigen Jahren die Postverwaltung untergebracht. Nachdem letztere verlegt worden war, wurden vom Kreiswohnungsamt Sangerhausen die Arbeiter Marschner, Nagler und Barge (jetzt Große) mit ihren Familien in die leergewordenen Räume gesetzt, ohne daß natürlich damals (Inflationszeit) die eingesetzten Mieter die Friedensmiete für die in Frage kommenden Räume kannten. Seit Einführung der gesetzlichen Prozente zur Friedensmiete fordert nun der werte Herr Grubendirektor von Marschner und Nagler je 400 Mk. und von Große 300 Mk. Friedensmiete. Nach dem augenblicklichen Stande (62 Proz.) hätten also Marschner und Nagler monatlich 20,66 Mk. zu zahlen und Große 15,50 Mk. Daß ein Arbeiter diese Miete nicht aufbringen kann, ist wohl jedem klar. Trotzdem brachte es aber der Beamte des Kreiswohnungsamtes (Balde) fertig, zu Marschner zu sagen: „Warum sind Sie denn eingezogen? Jetzt müssen Sie zahlen." Die Wohnungskommission von Berga hat die Miete wie folgt taxiert: Marschner 80 Mk., Nagler 200 Mk. und Große 100 Mk. Trotzdem aber fordert der hallische Grubendirektor ungeniert seine hohe Miete, und einmal schon hat der Gerichtsvollzieher bei Marschner angeklopft, allerdings vergebens.

Greppin. Generalversammlung der SPD. Am Mittwoch, dem 14. Januar, tagte in Faßauers Lokal die Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe. Nach dem vom Vorsitzenden Genossen Ackermann gegebenen Geschäftsbericht waren am Anfang des Jahres 20 männliche und 2 weibliche Mitglieder zu verzeichnen, am 31. Dezember aber 34 männliche und 10 weibliche. Mitgliederversammlungen wurden 14, Frauenabende 13, öffentliche Versammlungen 9 abgehalten. Der Besuch der Mitglieder in den Versammlungen ließ manchmal zu wünschen übrig. Genossen, dies muß im laufenden Jahre besser werden. Der Genosse Ackermann wurde als 1. Vorsitzender einstimmig wiedergewählt, als Kassierer wurde Genosse Paul Schlunk, als Schriftführer Genosse Gülzow gewählt. Ein Antrag, der den Vorsitzenden auffordert, die agitatorische Tätigkeit der einzelnen Genossen im nächsten Jahresbericht zu registrieren, wurde angenommen. Wir hoffen, daß sich in diesem Jahre mehr Genossen für unsere gute Sache zur Verfügung stellen.

Delitzsch. Begrüßungsabend zum SAJ.-Funktionärkursus. Anläßlich des Funktionärkursus der SAJ. fand am Sonnabend im „Schützenhof" ein Begrüßungsabend statt. Die Vortragsfolge bot in bunter Reihe Musikstücke, Rezitationen, kleinere Aufführungen usw. und gab ein gelungenes Bild von den Arbeitsgebieten unserer Jugendbewegung. Eine stattliche Anzahl Jugendgenossen hatte der Einladung Folge geleistet, von den älteren Parteigenossen hätte noch ein ganzer Teil mehr Platz gefunden. Alles in allem kann gesagt werden, daß der Abend wohlgelungen war.

Delitzsch. Volksbühne. Am 27. Januar wird von der Volksbühne Ibsens „Gespenster" zur Aufführung gelangen. Diese Familientragödie des großen Norwegers behandelt drei große Fragenkomplexe: Vererbung, Kautehe (Geldheirat) und Kampf zwischen Wahrheit und gesellschaftlicher Lüge. — Der Kartenverkauf beginnt Sonnabend vormittag. Wer noch nicht Mitglied der Freien Volksbühne ist, melde sich noch rechtzeitig beim Genossen Schwahn.

Wittenberg. Vom Zuge tödlich überfahren wurde am Donnerstagvormittag bei Leipzig-Paunsdorf der hier, Jüdenstraße 31, wohnhafte 52 Jahre alte Schlossermeister Richard Burbank. B. ist sehr schwerhörig und scheint infolgedessen das Herannahen des Zuges überhört zu haben. Nähere Einzelheiten über den Unglücksfall fehlen noch.

Wittenberg. Verhaftet wurde der Arbeiter Fritz Brett aus Reinsdorf. Er wird beschuldigt, von seiner Arbeitsstelle, den Sprengstoffwerken, Dynamit gestohlen zu haben. Eine Haussuchung hat nichts zutage gefördert.

Düben. Ein Schwindler festgenommen. Die hiesige Polizei nahm einen Schwindler fest, der hauptsächlich Tierhalter im Bitterfelder und Delitzscher Kreise um erhebliche Beträge gebracht hat, indem er, wie sich herausstellte, wertlose Viehversiche-

---

Das schöne Mädel.

46] Roman von **Georg Hirschfeld.**

„Ausnutzen? Erlaube mal! Was heißt denn das? Er kriegt pro Tag hundert Mark!"

„Wenn auch . . . Man soll ihm so was nicht erst anbieten. So was ist nicht für den Film da. Verstehst du mich, Jens?"

Er verstand sie, aber er trug es ihr nach, daß sie ihn beschämt hatte. —

Frühling und Sommer kamen. Nun konnte man auch die Aufnahmen am Meer machen. Es ging Afra besser, doch sie fürchtete den Schiffsuntergang. Brandings Regiekunst spitzte sich besonders darauf. Da kam eines schönen Tags Ewald Kastor nach Swinemünde. Er sollte die Titel des Films revidieren. Afra war wie verwandelt, als sie den kleinen, schüchternen Mann erblickte. Erstaunt sah dies Jens Branding, der ihre Schwermut, weil sie zum Film paßte, ruhig hingenommen hatte. Ferencz Jacobi witzelte, aber der Regisseur fertigte ihn grob ab: „Ach was. Herr Kastor hätte zu Hause bleiben sollen. Der macht mir die Afra wieder zum sentimentalen Münchener Mädel. Sie soll jetzt aber die Mätresse eines russischen Fürsten sein. Sie soll im Atlantischen Ozean ertrinken."

Afra überlegte. Konnte sie sich Ewald Kastor anvertrauen? War er nicht der einzige zwischen den Spekulanten der Seele. Sie suchte eine Gelegenheit, mit ihm allein zu sein. Ganz bestürzt erkannte er das Wunder, das sich zu seiner Armut neigte. Am liebsten wäre er mit dem nächsten Zuge nach Berlin zurückgefahren. Aber das war nicht möglich. Was wollte sie von ihm. Von ihrer Güte war er überzeugt — sie konnte ihn unmöglich lächerlich machen.

Es waren heiße Julitage. Am nächsten Vormittag sollte auf hoher See der Schiffsuntergang aufgenommen werden. Das kostete mit allen Vorbereitungen Hunderttausende. Die Filmleute fieberten in Erwartung. Auch Herr Generaldirektor Pulvermacher war erschienen. Ferencz Jacobi buchte selig jede Steigerung der Sensation. Meuselbach hatte dafür gesorgt, daß ein Dutzend Reporter anwesend waren.

Man saß abends noch im Kurhause beisammen. Nach dem opulenten Souper, das der Generaldirektor gestiftet hatte, zerstreute sich die Gesellschaft. Afra ließ Ewald Kastor nicht aus den Augen. Plötzlich erhob sie sich und ging zu dem Dichter hinüber. Jens Brandings überraschte Frage beantwortete sie nicht. Branding wollte auffahren, doch Ferencz Jacobi legte die Hand auf seinen Arm: „Ruhe. Auch das ist eine Notiz."

Jens Branding sah zornig auf den Generaldirektor. Was sollte er davon denken. Die Diva und der zweite Dramaturg . . . Immerhin — Ewald Kastor konnte sich jetzt eine Stellung machen. Es wunderte Branding, daß Jacobi diese Möglichkeit nicht sah.

Auch Herr Pulvermacher hatte Afras überraschenden Aufbruch gemerkt. Er wandte sich mit erstauntem Lächeln zu Brandding: „So intensiv hat sie sich ja noch mit keinem beschäftigt. Sehen Sie doch, wie sie mit dem kleinen Kastor redet. Der arme Kerl wird ganz rot. Interessiert sie sich für ihn? Pardon, Herr Branding — ich meine selbstverständlich nur künstlerisch."

„Vom Film hat er jedenfalls keine Ahnung," sagte Ferencz Jacobi, der eifrig zugehört hatte. „Ein sanfter Lyriker."

Der Generaldirektor machte ein mißvergnügtes Gesicht: „Was will ein sanfter Lyriker bei uns. Nun ja, er hat einen Namen. Aber für uns ist er Luxus. Und von Afra Tedescu soll er gefälligst die Finger lassen."

Jens Branding sah scharf zu Ferencz Jacobi hinüber. Es war, als wollte er sagen: „Nun hebst du auch den aus dem Sattel."

Afra bat Ewald Kastor, ihr in den Kurgarten zu folgen. Er gehorchte. Während er neben ihr ging, verlor er völlig den Boden unter den Füßen. Sie aber griff in seinen Arm. Sie führte ihn zu einer Bank.

„Es ist mir sehr lieb, daß Sie noch gekommen sind, Herr Doktor. Nur zu Ihnen hab' ich hier Vertrauen."

Er senkte den Kopf und schwieg.

„Wir sind uns, glaub' ich, recht ähnlich, wir zwei."

Er fuhr auf: „Das ist wohl nicht möglich."

„Doch. Sie wissen das nicht so. Was Ihnen äußerlich fehlt, fehlt mir innerlich. Schaun Sie, Herr Doktor."

Sie rückte jetzt dicht an ihn heran. Er seufzte im Bann ihres Duftes. — „Ich bin nämlich krank," flüsterte sie. „Das weiß hier kein Mensch, auch Branding nicht. Ich hab's in der Lunge. Hätt' ich das nicht sagen sollen? Bin ich Ihnen jetzt unsympathisch?"

Sie mißverstand seinen Blick. — „Ist das über Ihnen," flüsterte er. „Ich hab's gesagt, aber ich hielt es für unmöglich . . . Ja, Gott kann sehr grausam sein . . ."

„Schlimm steht's noch nicht mit mir. Aber wenn ich zuviel riskier' . . . Schau'n Sie, Herr Doktor, Sie wissen doch auch — wenn Sie eine große Bergtour machen sollten — das könnten Sie nicht. Und ich — ich soll morgen ins kalte Wasser springen — dreimal — viermal — ich soll mit den Wellen kämpfen — immer wo anders — der Jacobi hat ja seinen großen Trick darauf gelegt — und der Branding läßt auch nichts aus."

Herr Kastor erhob sich: „Das ist ja Wahnsinn. Sollen diese Menschen das Beste aufs Spiel setzen, weil es sich zu ihrer Erbärmlichkeit verirrt hat?"

Sie legte begütigend die Hand auf seinen Arm: „Ich leb' halt von den Leuten."

„Sie sollen nicht vom sicheren Tode leben. Sie müssen geschont werden. Ich werde sofort zum Generaldirektor gehen —"

Afra sprang entsetzt auf: „Um Gottes willen, was fällt Ihnen ein?"

„Dann gehe ich zum Herrn Branding."

„Der darf schon gar nicht wissen, wie's um mich steht."

Sie konnte den kleinen, leidenschaftlichen Mann nicht halten. Er entschlüpfte ihr, und sie verlor ihn im dunklen Garten. Ratlos irrte sie umher, dann entschloß sie sich, Branding aufzusuchen. Sie traf ihn vor dem Kurhause. Sofort bemerkte sie, daß er sie mißtrauisch betrachtete.

„War Ewald Kastor bei dir?"

„Jawohl."

„Was hat er dir gesagt?"

„Du fühlst dich nicht wohl. Du wüßtest nicht, ob du morgen spielen könntest. Was sind das für Sachen, Afra. Warum erfahr' ich das nicht von dir?"

Sie atmete auf. Kastor hatte ihm also doch nicht alles gesagt. Nun verleugnete sie sich wieder. Alles lag ihr daran, Branding zu beruhigen. Sie täuschte ihn, sie sprach sogar die Hoffnung aus, daß sie morgen ganz frisch sein werde.

Am nächsten Morgen fuhr der Dampfer zur Aufnahme des Schiffsunterganges hinaus. Alles war bereit, auch Afra war erschienen. Nur Generaldirektor Pulvermacher verspätete sich. Endlich kam er. Er sah verdrießlich aus und sagte, mit einiger Bosheit auf Afra blickend: „Bin noch aufgehalten worden. Habe noch einen kleinen Aerger gehabt. Denken Sie sich, Kastor hat mir gekündigt. Nur Wohltaten hat man dem Menschen erwiesen, nun hat er mir einen unverschämten Brief im Hotel gelassen und ist abgereist."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250119-11/fragment/page=0006
DFG

nungen für eine nicht genehmigte Gesellschaft, die „Tierärztliche Nothilfe" abschloß, sich aber die Prämien im voraus zahlen ließ.

Falkenberg. Reichsbannerversammlung. Am vergangenen Donnerstag fand die erste Reichsbannerversammlung im neuen Jahre statt. Kamerad Küner gab einen kurzen Rückblick. Beschlossen wurde, am 22. Februar das Bundesfest in Magdeburg zu besuchen, und zwar mit beiden Fahnen. Ebenfalls wurde ein Extrabeitrag zur Deckung der Unkosten beschlossen. Am Sonnabend, dem 28. Februar, findet im „Preußischen Hof" zu Falkenberg ein Republikanischer Abend statt.

Falkenberg. Gasversorgung. Wir berichteten vor kurzem über einen Gasvortrag, den das Gaswerk Torgau hier veranstaltet hat. Wie wir nun hören, besteht im Gaswerk Torgau die feste Absicht, die Gasversorgung für Falkenberg nicht im Sande verlaufen zu lassen, sondern man trägt sich ernstlich mit dem Gedanken, eine Gasrohrleitung nach Falkenberg zu legen. Unsere Fraktion wird in der kommenden Woche in einer Sitzung mit den Vertrauensmännern sich eingehend mit der Gasversorgung Falkenberg befassen. Schon heute sei gesagt, daß die Partei dieser ganzen Angelegenheit sympathisch gegenübersteht. Denn für Falkenberg mit seinen vielen Eisenbahnern, die in Tag- und Nachtschicht stehen, ist die Versorgung mit Kochgas eine schon längst gewinzelte Notwendigkeit. Hand in Hand mit der Gasversorgung muß die Wasserversorgung und die Kanalisierung gehen. Genosse Dietrich hat in der letzten Gemeindevertretersitzung einen Antrag zur Annahme gebracht, der den Kreisbaumeister Balsam beauftragt, die Vorarbeiten für eine Wasserleitung und eine Kanalisierung Falkenbergs anzufertigen.

Elsterwerda. Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Am Donnerstag hielt die hiesige Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten usw. ihre Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende der Ortsgruppe, Philipp (Liebenwerda). Er wies auf all die Arbeit hin, die im letzten Jahre auf dem Gebiete der Versorgung und Fürsorge geleistet worden ist und im kommenden Jahre noch geleistet werden muß. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Im weiteren Verlaufe der Tagesordnung wurde allgemein angeregt, den Kreisvorstand des Reichsbundes zu ersuchen, daß endgültig an das Projekt der Errichtung des Kriegerhinterbliebenenheims herangegangen werden müsse, und die weitere Aussprache ergab, daß die Mitglieder bereit sind, finanziell alles zu tun, den Bau zu ermöglichen. Mit Rücksicht auf die auch in diesem Jahre bevorstehende Belieferung mit billigem Brennholz durch die Ortsbehörde soll beim Magistrat in Elsterwerda nach Möglichkeit dahin gewirkt werden, daß ein Mitglied der Ortsgruppe in den dafür maßgebenden Ausschuß hinzugezogen werden möge. Nach Erledigung vieler anderer anregender und belehrender Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Bockwitz. Steuerkarten in Empfang nehmen. Alle Arbeitnehmer, welche am 10. Oktober 1924 im Gemeindebezirk Bockwitz gewohnt haben, auch solche, welche zurzeit arbeitslos sind oder nur Gelegenheitsarbeiten verrichten, werden hierdurch aufgefordert, die Steuerkarten für 1925 bis spätestens 20. Januar dieses Jahres in der Gemeindekasse in Empfang zu nehmen, andernfalls die Zustellung der Karten auf Kosten der Pflichtigen erfolgen muß.

Grosthiemig. Das durfte nicht kommen. Durch die Einlieferung der Tochter des Landwirts August Bischoff in ein Krankenhaus infolge plötzlichen Schwindens des Augenlichtes wurde dem Arzt und infolge pflichtgemäßer Anzeige der Staatsanwaltschaft bekannt, daß die B. heimlich geboren hatte, ohne das Kind anzumelden. Eine Haussuchung bei B. ergab die Auffindung der Leiche eines im siebenten Monat geborenen Kindes, bei dem noch festzustellen bleibt, ob es bei der Geburt gelebt hat und eines Fläschchens mit einem sogenannten Menstruationsmittel, dessen Bestandteilen die Gefahr der Erblindung zuzuschreiben sein dürfte. Ueber die als sehr fromm und deutschnational bekannte Familie B. ist so eine vielleicht unverdiente Tragik gekommen als Folge politischer Verbohrtheit. Denn wie hier bekannt ist, hatte die Tochter der Eheleute B. mit einem Arbeiter Verkehr, mußte ihn aber auf elterliches Verlangen aufgeben, weil der Arbeiter — organisiert war und dazu Sozialdemokrat. Ganz natürlich war dann, daß man auch alle sonstigen Anzeichen des Verkehrs der frommen Haustochter mit einem solchen Verfemten zu beseitigen trachtete. Solche Dinge gehören in das Kapitel von der Dummheit, gegen die bekanntlich selbst die Götter vergebens ankämpfen.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 19. Januar 1925.

* **Spende für Arme.** Anläßlich der Eröffnung ihres zweiten Geschäfts spendete die Firma Max Schächter dem Städtischen Wohlfahrtsamt zur Verteilung an Arme 120 Paar Strümpfe.

Leimbach. Stadtverordnetensitzung. Die letzte Sitzung war mit Ausnahme des entschuldigt fehlenden Herrn W. Schwennicke vollzählig besucht. Nach Eröffnung der Sitzung teilte der Vorsteher mit, daß der Protokollführer nicht anwesend sei und sein Amt niedergelegt habe. Die in dem Protokoll festgelegten Gehälter der städtischen Beamten betragen für den Bürgermeister 5160 Mk., den Rendanten 4302 Mk., den Stadtsekretär 3866 Mk., den Polizeibeamten 3252 Mk. Die Wahl des Bureaus und der Kommissionen hatte folgendes Ergebnis: Es wurde mit 7 Stimmen der Stadtverordnete Paul Enke zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt; 6 Stimmen erhielt der bisherige Vorsteher Koch. Dieser wurde als Stellvertreter gewählt. Zum Schriftführer wurde Stadtv. H. Enke gewählt, zum Stellvertreter Wegener zum Berichterstatter Koch. In die Armenkommission wurden gewählt für den Bezirk 1 H. Enke und Julius Pfeifer, Bezirk 2 Mania und Terber, Bezirk 3 Grützmacher und Karl Peter; in die Finanzkommission Koch und Grohe; in die Brunnenkommission Hartenhauer, W. Schwennicke, W. Riesche, P. Bittker und Karl Grohe; in die Baukommission Hartenhauer, Schneller, Spitza, Wegener und W. Riesche; in die Kulturwegekommission Frd. Schwennicke, Julius Pfeifer, E. Radicke und L. Gebhardt; in die Beleuchtungskommission Günther, Perl, O. Wende und O. Steinbrück; in die Gesundheitskommission Mania, W. Schwennicke, Walter Werner und Lehrer Meißner; in die Friedhofskommission Frd. Schwennicke, Grützmacher, Wegener und Börner; in die Kiesgrubenkommission Günther, Wegener, P. Enke, Hartenhauer und Frd. Schwennicke; in die Wegebaukommission Frd. Schwennicke, P. Enke, W. Riesche und Adolf Alte; in die Gehalts- und Kontrollkommission Koch, Spitza, Paul Satka, Karl Peter, Schondorfsein und Kurt; in die Wohnungskommission Frd. Schwennicke, Grohe, Mania, Frd. Böse, Otto Reißner und Frd. Schnell. In den Schulvorstand wurden gewählt H. Enke, Schneller, Spitza, Koch, Grützmacher und P. Satka; in die Schuldeputation Schneller, H. Enke und Frd. Schwennicke.

Gewerkschaftliches.

Alles stürzt — nur Halle „steht" noch!

Die Kommunisten gegen die Freilassung der politischen Gefangenen.

Die Generalversammlung der Ortsgruppe Braunschweig des Deutschen Metallarbeiterverbandes vollzog am Freitag die **Neuwahlen für die Ortsverwaltung.** Es wurde Listenwahl beschlossen. **Die Liste der Amsterdamer erhielt 374, die Liste Moskau 119 Stimmen. Die Richtung Amsterdam besetzt also sämtliche Posten.** Die Kommunisten brachten dann zwei Anträge ein. Der eine fordert die Freilassung des neugewählten kommunistischen Landtagsabgeordneten Gmeiner, der andere die Freilassung der politischen Gefangenen in Deutschland. Unsere Genossen stellten einen weiteren Antrag, **auch den eingekerkerten Klassengenossen in Rußland die Freiheit wiederzugeben.** In einer heftigen Aussprache wandten sich die Kommunisten gegen diesen Antrag. Die ersten beiden Anträge wurden dann einstimmig, der Antrag bezüglich der russischen Gefangenen aber gegen die Stimmen eines Teils der Kommunisten angenommen. Der größere Teil der kommunistischen Metallarbeiter schämte sich offenbar, diesen Antrag niederstimmen zu helfen. Die übergroße Mehrheit der Metallarbeiterversammlung brach, als die Kommunisten zur Gegenprobe die Hände erhoben, in spontane Entrüstungsrufe aus.

Die Verwaltung des DMV. Bitterfeld wieder fest in den Händen der Amsterdamer.

Neben Halle, Merseburg und Sangerhausen gehörte auch **Bitterfeld** einst zu den Hochburgen der KPD. Nachdem auch dort die KPD. mehrere Jahre hindurch die Verwaltung des DMV. in den Händen gehabt und **heruntergewirtschaftet** hatte, übernahmen im vorigen Jahre **die sozialdemokratischen Metallarbeiter die Leitung. Seitdem geht es, wenn auch naturgemäß nur langsam, vorwärts.** Bei der am Sonnabend, dem 17. Januar stattgefundenen Generalversammlung wurden **die Kollegen der Amsterdamer Richtung wiederum mit 92 gegen 14 Stimmen, die die KPD.-Liste aufzubringen vermochte, gewählt.** — Von der Verwaltung Bitterfeld können wir berichten, daß **die Mitgliederzahl bereits in diesem Jahre schon wieder eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung genommen hat.** Gibt es noch einen besseren Beweis dafür, daß die Moskauer nur arbeiterschädigend wirken?

Nachwirkung von Tarifverträgen.

Das neuere Arbeitsrecht, namentlich das Tarifvertragswesen, ist in manchen Punkten noch recht ungeklärt und liefert noch vielen Streitstoff. Eine wichtige Frage ist zum Beispiel die, ob bei Ablauf eines Tarifvertrags die in ihm vorgesehenen Einrichtungen automatisch aufhören oder, sofern sie nicht widerrufen werden, stillschweigend weiterwirken. Im mitteldeutschen Holzgewerbe ergaben sich Streitigkeiten zwischen den Gehilfen und Unternehmern dadurch, daß im Februar der Reichsmantektarif ablief und nicht wieder erneuert wurde. Die Unternehmer gaben das durch Anschlag in den Werkstätten mit dem Bemerken bekannt, daß nun die Kündigung eine tägliche und die Arbeitszeit die gesetzliche sei. Ueber den im abgelaufenen Tarifvertrag vorgesehenen Tarifvertrag wurde nichts gesagt. Es kam nun der Sommer und die Gehilfen verlangten wie in früheren Jahren ihren Urlaub. Die Unternehmer lehnten das aber ab mit der Begründung, daß der Anspruch darauf mit dem abgelaufenen Tarifvertrag untergegangen sei.

Die Streitsache kam bei einer Reihe von Gewerbegerichten zum Austrag. Teils wurde den Gehilfen recht gegeben, teils wurden sie mit ihren Forderungen abgewiesen. Die Gewerbegerichte Burg, Aschersleben, Halberstadt usw. erkannten den Anspruch an und führten zur Begründung etwa folgendes aus:

Ist ein einzelnes Arbeitsverhältnis während der Geltungsdauer eines Tarifvertrags zwischen Personen eingegangen, die von dem Vertrag erfaßt werden, so sind seine Vorschriften nunmehr Bedingungen des einzelnen Arbeitsvertrags geworden. Solange das einzelne Arbeitsverhältnis besteht, bleiben diese Bedingungen auch in dem Falle maßgebend, daß der Tarifvertrag abläuft, es sei denn, daß dieser durch Einzel- oder sonstige anderweitige Vereinbarungen ersetzt wird. Dann gehen letztere dem Arbeitsverhältnis ihr Gepräge. Denn der Einzelarbeitsvertrag läuft trotz Beendigung der Tarifgemeinschaft weiter. Sein Inhalt kann nur durch Uebereinkunft der Parteien abgeändert werden. Zu den Arbeitsbedingungen gehören auch die Urlaubsverabredungen. Wird bei Ablauf des Tarifs nicht von dem Arbeitgeber gesagt, daß der Anspruch auf Urlaub erlischt, besteht er weiter.

Diese Ansicht wird auch vertreten vom Gewerbegericht Berlin, der Zeitschrift „Gewerbe- und Kaufmannsgericht" usw. Zu den Gewerbegerichten, die den Anspruch ablehnten, gehört das in Stendal. Das Urteil dieses Gerichts kann zwar auch an der „herrschenden Lehre" nicht achtlos vorübergehen, daß mit Ablauf eines Tarifvertrags dessen Bestimmungen nicht ohne weiteres auch für die Einzelarbeitsverhältnisse erlöschen, meint aber, jener Ausgang habe den Zweck gehabt, mit Ablauf des Reichsmantektarifs das Einzelarbeitsverhältnis von den Bestimmungen des Tarifs loszulösen. Es sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß nunmehr das gesetzliche Arbeiterrecht gelte. Wenn die Kläger nach dem Ausgang vorbehaltlos weitergearbeitet haben, so haben sie auch damit sich einverstanden erklärt, daß Ferien nicht mehr in Frage kommen.

Die Zahl der ähnlichen Streitfragen, bei denen die Gerichte ganz widerspruchsvoll entschieden, ist ungeheuer groß. Es wird höchste Zeit, daß unser Arbeitsrecht einmal neu bearbeitet und klarer gefaßt wird.

In der bayerischen Metallindustrie droht ein schwerer Kampf als Folge eines völlig unzureichenden Lohnangebots der Arbeitgeber an die Angestellten. Sowohl die Münchener wie die Nürnberger und Augsburger Angestellten der Metallindustrie haben das Arbeitgeber-Angebot abgelehnt und beschlossen, in den Betrieben sofort über die Anwendung der schärfsten Kampfmittel abstimmen zu lassen für den Fall, daß die letzten Verhandlungen noch einmal ergebnislos verlaufen.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Dienstag, den 20. Januar 1925:

12 Uhr mittags: Mittagsmusik. 4.30 bis 6 Uhr nachm.: Konzert der Hauskapelle. 6 bis 6.30 Uhr abends: Vortrag von Fr. von Bomsdorff-Leipzig. 7 bis 7.30 Uhr abds.: Dr.-Ing. L. Stelling: Die Zugspitzenbahn, eine kühne Leistung deutscher Ingenieurkunst. 7.30 bis 8 Uhr abds.: Dr. Alice Gerstel-Rühle: Die Seele des Kindes. 8 Uhr abds.: „Der Barbier von Sevilla". Oper in drei Akten von Giacomo Rossini. Dirigent: Alfred Szendrei. Dr. Bartolo: Reinh. Gerhardt; Rosini, sein Mündel: Harriet Wissus (Halle a. d. S.); Graf Almaviva: ***; Figaro, Barbier: Ernst Possony; Don Basilio, Musiklehrer: Ernst Wachter; Marzelline, Haushälterin Bartolos: Luise Nickel-Schläger; Fiorillo, ein Musiker: Friedbert Sammler. — Musikanten, Soldaten. — Orchester: Leipziger Sinfonie-Orchester. Chor: Leipziger Oratorienvereinigung.

Verantwortlich für Politik Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: G. Kasparek; für Provinz und Sport: Alfr. Wielepp; für den Anzeigenteil Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H. Halle, Harz 42/44

Preisnachlaß!

Von diesem fast seit einem halben Jahrhundert erscheinenden offiziellen beliebten Kalender der SPD. ist von der Ausgabe für 1925 noch eine erhebliche Auflage vorhanden. Wir liefern den Kalender nunmehr zu dem auf

50 Pfennig

ermäßigten Preis durch unsere Austräger oder auch portofrei an jede uns aufgegebene Adresse. Durch die Post gegen Einsendung von 50 Pfg. — Bei Parteibezug zum Wiederverkauf 45 Pfg. —

Bestellungen erbeten an die

Volksblatt-Buchhandlung, Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27.

Die Zuban Zigarette 2 Pfennig

ist eine Qualitätszigarette aus reinen Orienttabaken, gesund und wohlbekömmlich, ihre beschränkte Billigkeit ist ein schlagender Beweis unserer Leistungsfähigkeit.

G. Zuban München

Größte süddeutsche Zigarettenfabrik

Händler u. Händlerinnen

Gesucht! 337

Handelsgesellschaft

Paditz & Schmidt

Böhlitz-Ehrenberg

Meldung bei Generalvertreter

Wilhelm Große

Gerbstedt, Roterberg 32

Ware auf Kommission ohne Kaution.

„VOLKSBLATT"

Die Verordnung über die Arbeitszeit

mit Erläuterungen.

im Auftrage des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegeben von Th. Leipart.

Preis 30 Pfg. Preis 30 Pfg.

BUCHHANDLUNG

Arbeitsamt Eisleben.

Petristraße 9. Fernsprecher 131.

Gesucht werden: Mädchen für Stallarbeit, 1 Wirtschafterin, Mädchen für Landwirtschaft, 1 lediger Gärtner. Tüchtiger Möbeltischler, nach auswärts, 19 bis 22 Jahre alt. 391

Amtliche Bekanntmachungen

Eisleben

Nachdem die Maul- und Klauenseuche in Helfta erloschen ist, wird unsere Bekanntmachung vom 28. November 1924, betreffend Bildung eines Schutzgebietes in Eisleben, hierdurch aufgehoben.

Klauenviehmärkte können wieder abgehalten werden. 392

Eisleben, den 15. Januar 1925.

Die Polizeiverwaltung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250119-11/fragment/page=0007

Das Blatt der Frau

Wohlfahrtsämter und Krankenpflege.

Von Stadtarzt Dr. Korach (Berlin).

Schon vor dem Kriege war die Tätigkeit der Wohlfahrtsämter, die damals vielfach auch Unterstützungsämter oder Armendirektionen genannt wurden, außerordentlich umfangreich und vielseitig. Es galt schon in jener Zeit alle im Sinne des Gesetzes hilfsbedürftigen Menschen zu betreuen. Die Zahl der Personen, die der öffentlichen Unterstützung bedürfen, ist infolge des Krieges und des Niederganges der wirtschaftlichen Lage weiter Schichten außerordentlich gewachsen. Die Zunahme des jetzt zu betreuenden Personenkreises ist auch deshalb besonders erklärlich, da ja Hilfsbedürftigkeit eintritt, wenn eben mangels eigener Mittel oder infolge besonderen Notstandes eine öffentliche Unterstützung nötig wird. Diese Schwierigkeiten im Leben des einzelnen traten aber in den Zeiten der Inflation und auch jetzt noch außerordentlich häufig auf.

Von den Notständen, die sich zeigen und oft geradezu den wirtschaftlichen Ruin einer Familie bedeuten können, kommt in erster Reihe die Erkrankung eines Familienmitgliedes in Frage. Armut und Krankheit stehen in enger Beziehung. Ihr Verhältnis zueinander ist ein wechselseitiges. Man kann behaupten, daß in der großen Mehrzahl der Fälle die Krankheit es ist, welche besonders krasse Armut veranlaßt. Dann aber ist es ja bekannt, daß auf dem Boden ärmlicher Verhältnisse die Krankheiten gedeihen. Die Erkrankungsgefahr, die durchschnittliche Sterblichkeit und die Tödlichkeit der auftretenden Krankheiten ist bei armen Menschen, wie die Statistik es erweist, viel größer als bei solchen, die sich in besseren Vermögensverhältnissen befinden.

Die Organisation der Wohlfahrtsämter von heute besteht nicht allein darin, Geld unter notleidende Leute zu verteilen und ihnen vielleicht noch Kleidungsstücke oder Nahrungsmittel von Zeit zu Zeit zu geben. Von großer Bedeutung ist die vorbeugende und ergänzende Wohlfahrtspflege. Es sei in diesem Zusammenhange nur auf die Volksspeisungen hingewiesen. Außerordentlich bedeutende Geldsummen werden heutzutage von den Wohlfahrtsämtern überall für gesundheitliche Zwecke ausgegeben. Es handelt sich da um die offene Krankenpflege, um die Pflege in den Heilanstalten, um die Unterbringung und Versorgung von Geisteskranken, Epileptikern, Taubstummen und Blinden in besonderen Fachanstalten, ferner um die Aufbringung der nicht unbeträchtlichen Kosten für den Krankentransport und schließlich um die Bereitstellung von Mitteln in allen denjenigen Fällen, in denen die Gesundheitsämter wirtschaftlich hilfsbedürftige Personen betreuen, für die eigene Etatsmittel nicht zur Verfügung stehen.

Die offene Krankenpflege im Bereiche der Wohlfahrtsverwaltungen ist gegenwärtig eine ganz besonders ausgedehnte. Die Untersuchung und Behandlung der Patienten erfolgt durch Aerzte, die entweder nebenamtlich angestellt sind und einen bestimmten Bezirk versorgen, oder auf dem Wege der freien Arztwahl, wie dies bei den meisten Krankenkassen üblich ist. In seltenen Fällen, namentlich in kleinen Städten, werden die Kranken der Wohlfahrtsverwaltung von Gemeindeärzten oder städtischen Krankenhausärzten betreut. In größeren Städten, mag es sich um das Distriktsarztsystem oder um das System der freien Arztwahl handeln, pflegen auch überall Fachärzte zur Verfügung zu stehen, die von den eigentlichen Wohlfahrtsärzten hinzugezogen werden können.

Früher war das Durchschnittsalter der von den Wohlfahrtsämtern betreuten Kranken ein viel höheres. Jetzt hat sich das geändert. Infolge der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse sind auch sehr viele noch recht junge Leute vollständig verarmt. Deshalb ist es erklärlich, daß die Aufwendungen für geburtshilfliche Leistungen und auch die Kosten für die Behandlung von geschlechtskranken Personen viel höhere sind als dies früher der Fall war.

Selbstverständlich werden Arzneien und andere Heilmittel den Kranken von den Wohlfahrtsämtern in ganz ähnlicher Weise bewilligt, wie dies bei den Krankenkassen der Fall ist. Recht häufig werden von den Wohlfahrtsämtern orthopädische Apparate (künstliche Beine und dgl.) beschafft. Mit derartigen Anträgen wenden sich auch viele Menschen an die Wohlfahrtsverwaltung, die sonst nicht von ihr betreut werden. Sie sind dazu gezwungen, da orthopädische Apparate meist recht teuer sind. Vielen wird auch orthopädisches Schuhwerk geliefert. Auch die zahnärztliche Behandlung, insbesondere die Versorgung mit künstlichen Gebissen, darf nicht vergessen werden.

Die Ausgaben der Wohlfahrtsämter für die Pflege hilfsbedürftiger Personen in den Krankenhäusern, Leichtkrankenhäusern, Heilstätten, Erholungsheimen, Irrenanstalten, Hospitälern, Siechenhäusern und Altersheimen sind außerordentlich beträchtlich. Sie beziffern sich in größeren Mittelstädten bereits jährlich auf Summen von vielen Hunderttausenden Goldmark. Oft erreichen sie siebenstellige Ziffern. In Berlin betragen sie mehrere Millionen Mark jährlich.

Unter den Aufwendungen zum Zwecke der vorbeugenden gesundheitlichen Fürsorge stehen heute in vielen Städten mit im Vordergrunde die Mittel, die für die Betreuung psychopathischer Personen, insbesondere für die Heilerziehung psychopathischer Kinder, benötigt werden. Für diejenigen Menschen, die im Sinne des Gesetzes „Krüppel" sind, erfolgen die Kostenbewilligungen nicht aus Wohlfahrtsmitteln, sondern — da das Krüppelfürsorgegesetz inzwischen in Kraft getreten ist — aus dem Etat der Krüppelfürsorge. Es ist aber dringend notwendig, daß die Wohlfahrtsämter sich darauf einrichten, überall dort, wo den Gesundheitsämtern die genügenden Mittel noch nicht zur Verfügung gestellt wurden, aus ihrem Etat erhebliche Geldsummen zur Unterbringung Trunksüchtiger zu verwenden. Auf diesem Gebiete wird außerordentlich viel vernachlässigt. Die Trunksüchtigen müssen in viel größerer Zahl, als dies jetzt geschieht, mindestens 3 bis 6 Monate lang — wenn irgend angängig — in einer Trinkerheilanstalt untergebracht werden, in ihrem eigenen Interesse, aber auch zu Nutzen ihrer Familien, die sie gewöhnlich auf das schlimmste schädigen und belästigen. Ueberhaupt wird es zweckmäßig sein, daß sich die Wohlfahrtsämter noch mehr als bisher allgemein vorbeugenden Maßnahmen zuwenden. Ebenso wie für die Gesundheitspflege gilt auch für die Wohlfahrtspflege das Wort: „Vorbeugen ist besser als heilen."

Wie die Polka in die Welt kam.

Man hat dem Fox-Trott und anderen Modetänzen oft genug zum Vorwurf gemacht, daß sie Schritt und Bewegung bei Tieren oder Wilden entlehnten. Demgegenüber weist ein amerikanisches Blatt darauf hin, daß sich auch die ehrpusslige Polka, die zur Zeit unserer Großeltern das Feld beherrschte, nicht gerade aristokratischer Herkunft rühmen kann. Sie wurde weder durch die Phantasie eines Musikers inspiriert, noch stand ihre Wiege in einer der tonangebenden Tanzakademien. Sie wurde vielmehr zwischen den Kochtöpfen einer von Zwiebelduften erfüllten Küche der Prager Vorstadt vor genau 90 Jahren geboren. Eine Köchin sang eines Tages in ihrer Küche ein altes Wiener Liedchen, dessen eigenartiger Rhythmus dem im Stock darüber wohnenden Musiker Joseph Neruda, der der Sängerin zuhörte, so gefiel, daß er das Liedchen zur musikalischen Grundlage eines Balletts machte, das großen Erfolg hatte. Der den Mittelpunkt des Stückes bildenden Polka war damit der Weg in die Oeffentlichkeit gebahnt. Bald verbreitete sich denn auch diese von der Wiener Melodie getragene Polka über ganz Europa. Sie wurde in der Folge durch das Aufkommen des Walzers und der Mazurka verdrängt, die ihrerseits wieder den Figurentänzen und dem Boston-Walzer den Platz räumen mußten. Heute sind wir bei den sogen. „intellektuellen" Tänzen angelangt, die in Wahrheit aber mit der Vernunft wenig zu schaffen haben.

Kampf um den Abtreibungsparagraphen.

Von Henni Lehmann.

Bekanntlich hat eine Anzahl von Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Jahre 1921 einen Antrag eingebracht, auf Grund dessen die künstliche Beseitigung der Leibesfrucht, die sogenannte Abtreibung, straflos bleiben soll, wenn sie von der Schwangeren selbst oder einem staatlich anerkannten Arzt in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft vorgenommen wird. Unterzeichnet war dieser Antrag u. a. vom Genossen Professor Radbruch, während für Genosse Professor Grotjahn dazu eine nicht zutrifft. Die Ansichten des Arztes und des Juristen standen also im Gegensatz zueinander. Freilich waren sich beide Genossen darin einig, daß der § 218, der ja tatsächlich bereits fast wirkungslos ist, in der heutigen Fassung nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Schon vor dem Kriege hat man die Zahl der jährlich vorgenommenen Abtreibungen auf eine halbe Million geschätzt, und heute dürfte diese Zahl mehr als eine Million betragen.

Die Begrenzung der Freigabe der Abtreibung auf die ersten drei Monate der Schwangerschaft hat ihren sehr guten medizinischen Grund darin, daß in dieser Zeit die Vornahme der Abtreibung noch verhältnismäßig wenig gefährlich ist. Ganz gefahrlos ist sie jedoch nie. Daher stammt auch der Widerstand vieler Mediziner gegen die Freigabe. Leider wird heute in dem Kampfe, den wir um Abänderung des veralteten und ungewollten Paragraphen führen, noch von viel zu vielen Frauen die in jedem Falle mit der Operation verbundene Gefahr übersehen. Unser Ziel geht doch dahin, einerseits den Zwang zur Mutterschaft, der ja prinzipiell in der gesetzlichen Bestimmung enthalten ist, nicht anzuerkennen, andererseits aber auch die Frau vor den nachteiligen Wirkungen der heute noch geltenden Strafbestimmung zu schützen. Der § 218 bedeutet ein Ausnahmegesetz für die armen Frauen, die einen gefälligen Arzt nicht bezahlen können und deshalb den Kurpfuschern in die Hände fallen, bei denen natürlich die Operation unendlich gefahrvoller ist. Unter allen Umständen muß deshalb auch weiterhin die Vornahme der Operation durch Nichtärzte verboten bleiben.

Aus unserer Ablehnung des Zwanges zur Mutterschaft darf noch keineswegs die Empfehlung der Abtreibung an die Frau, die nicht Mutter werden will, gefolgert werden. Ratsamer ist es jedenfalls, daß die Frau die Mutterschaft schon durch Vermeidung der Empfängnis verhütet. Dagegen wendet sich auch keine Strafbestimmung. Allerdings ist die öffentliche Anpreisung von Mitteln zur Verhütung der Empfängnis verboten, und deshalb wissen auch sehr viele Frauen, selbst solche, die schon lange verheiratet sind, oft nichts von den Möglichkeiten zur Verhütung der Empfängnis. Hier vor allem sollte also überall eine weitgehende Aufklärung für die Frauen einsetzen. Die Verhütung ist ungefährlich, und bestimmte Methoden werden als sicher wirkend empfohlen, während andere unsicher sind. Vielleicht wäre es am besten, wenn eine Aerztin an Frauenabenden die Frauen über diese Dinge unterrichten würde.

Die Verhütung der Empfängnis ist also immer gefahrlos, während die Abtreibung immer mit Gefahr verbunden ist. Die Gefahr besteht einerseits in der nun einmal mit jeder, auch der kleinsten Operation verbundenen Gefahr einer Blutvergiftung oder ähnlichen schweren Folgen, andererseits in der besonderen Gefahr gerade dieser Operation. Darüber schreibt mir ein bekannter, durchaus freidenkender Frauenarzt: „Die Operation hat die besondere Gefahr der leichten Zerreißbarkeit aller Teile im Zustande der Fortpflanzung. Wir sehen da oft Fürchterliches. Es besteht eine Sterblichkeit bei dieser Operation, aber auch ein hoher Prozentsatz von Erkrankungen hinterher, Entzündungen, Unfruchtbarkeit."

Für unseren Kampf um Beseitigung der geltenden Strafbestimmung dürfte die in Rußland getroffene Regelung besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Dort muß sich die Schwangere, die in den ersten Monaten der Schwangerschaft die Operation vornehmen lassen will, an ein Krankenhaus wenden. Hier entscheidet eine Laienkommission darüber, ob die Operation aus sozialen Gründen wünschenswert ist. Die Operation selbst muß, wenn die Kommission ihr zustimmt, in einem Krankenhause von einem Arzt vorgenommen werden. Unter allen Umständen wünschenswert ist die Zulässigkeit der Abtreibung bei Vergewaltigung. Ein Schweizer Arzt erzählt von einem 13jährigen Mädchen, das in den letzten Monaten der Schwangerschaft in die Klinik eingeliefert wurde, das vom eigenen Vater mißbraucht worden war. Einem solchen unglücklichen Mädchen dürfte kein Gesetz — wie das bei uns heute noch der Fall ist — eine Mutterschaft zumuten, und der sozialdemokratische Antrag könnte deshalb wohl noch in dieser Richtung ergänzt werden. Auf jeden Fall aber müssen sich alle Frauen bewußt sein, daß man gefahrlos eine Empfängnis verhüten kann, daß aber eine Abtreibung fast ausnahmslos weit gefährlicher ist als eine normale Geburt. Der beste Weg zur Bekämpfung der Abtreibung würde vielleicht freilich ein viel weitgehenderer Schutz, Fürsorge und Unterstützung der Schwangeren und der Mütter und ihrer Kinder sein. Wenn erst einmal eine Frau nicht mehr nötig hat, aus Angst um die Aufziehung ihres Kindes eine Abtreibung vorzunehmen, dann wird für die natürlich empfindende Frau die Mutterschaft ein Glück bedeuten, dem sie nicht leicht entsagen wird.

Familien- und Eherecht in Sowjet-Rußland.

Dem gesellschaftlichen Umsturz der bolschewistischen Novemberrevolution war auch ein Teil des russischen Bürgerlichen Gesetzbuches zum Opfer gefallen, der die Familien- und Eheverhältnisse regelte. Es galt ja damals, die Menschen von allen Resten bürgerlichen Bindungen frei zu machen und das Verhältnis von Mann und Frau, von Eltern und Kindern neu auf den Grundlagen des Kommunismus aufzubauen. Dabei fragte man nicht danach, ob auch die Menschen und die sozialen Verhältnisse für diesen Zukunftsstaat reif waren. Man hatte überhaupt keine Ahnung, wie die Verwirklichung des sozialen Programms des Kommunismus etwa möglich sein könne, und begnügte sich damit, ganz allgemein die Grundsätze aufzustellen: Arbeit ist Pflicht jedes Bürgers. Für die Arbeitsunfähigen und ebenso für die Kinder, die ja dem Staate gehören, hat der Staat aufzukommen.

Unter diesen Umständen erschien eine besondere Regelung der Unterstützungspflichtigen des einen Ehegatten gegenüber dem anderen und der Eltern gegenüber den Kindern überflüssig. Man begnügte sich nur damit, die Eheschließungen und Ehescheidungen zu erleichtern. Aber es stellte sich bald heraus, daß die Verhältnisse sich nicht ohne weiteres von den Menschen meistern lassen. Die Ehe als soziale Institution bestand nach wie vor weiter, und die Erleichterung der Eheschließung und Ehescheidung führte zu den kompliziertesten wirtschaftlichen Verhältnissen. Kinder wurden zur Welt gebracht, für die der Staat nicht sorgen konnte und die Väter nicht sorgen wollten. Ganz junge Menschen, fast noch Kinder, gingen Ehen ein und gingen gleich wieder auseinander. Die Frau war nach wie vor die Märtyrerin. Der hungernde Bauer, der arbeitslose Proletarier, der abgehaute Sowjetbeamte, die Invaliden des Bürger- und Weltkrieges schrien nach Brot. Aber die Staatskassen waren leer. Der Staat hatte gewissermaßen Bankrott erklärt und erwies sich als unfähig, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Schließlich blieb ihm deshalb nichts anderes übrig, als die Verpflichtungen des Eheverhältnisses und der Blutsverwandtschaft genau nach dem Muster bürgerlicher Gesetzbücher wiederherzustellen. Die Sowjetregierung hat aber auch auf diesem Gebiete ebenso wie mit ihrem wirtschaftlichen Kommunismus, ihrer Schul- und Steuerpolitik und ihrer Neuregelung des Justiz- und Versicherungswesens kläglich Schiffbruch erlitten.

Der neue russische Gesetzentwurf setzt das heiratsfähige Alter wieder auf 18 Jahre für den Mann und 16 Jahre für die Frau fest. Er sieht die Verpflichtung des Ehegatten vor, den erwerbsunfähigen oder erwerbslosen Ehegatten selbst nach der Scheidung nach Maßgabe seiner Mittel zu erhalten. Die gleichen Pflichten sollen für die Eltern hinsichtlich ihrer Kinder und umgekehrt bestehen, ja, selbst für Geschwister wird eine gegenseitige Unterhaltspflicht eingeführt. Bei unehelich geborenen Kindern wird die Alimentenpflicht für alle die Männer vorgeschrieben, die der betreffenden Frau in der Zeit der Empfängnis beigewohnt haben. Die Eltern haben für die Erziehung ihrer Kinder und ihre Vorbereitung auf einen Beruf zu sorgen. Kurz, man hat endgültig die utopische Idee begraben, daß unter den heutigen Verhältnissen die Institutionen der Ehe, der Familie und der Elternschaft in ihrer bisherigen Form einfach beseitigt werden könnten. Die Sowjetregierung hat sich in bezug auf Ehe und Familie ebenso wie bei dem Erbrecht den bestehenden Verhältnissen anpassen müssen.

Es ist nun einmal nicht möglich, etwas geschichtlich Gewordenes und geschichtlich Bedingtes mit einem Federstrich abzutun und lebendiges Leben mit toten Dekreten zu formen. Vielleicht wird später einmal eine Zeit kommen, wo die geschichtliche Entwickelung die Menschen und die Verhältnisse, natürlich nicht ohne Zutun der Menschen selbst, reif dazu machen wird, Ehe und Familie auf neuen Grundlagen aufzubauen. Dann wird aber der Staat auch wirklich in der Lage sein, seinen Verpflichtungen gegenüber den arbeitsunfähigen Bürgern in vollem Umfange nachzukommen und die Erziehung der Kinder aus der Familie heraus in die Hände der Allgemeinheit zu legen, ohne noch Menschen, die innerlich einander fremd sind, durch wirtschaftliche Bindungen aneinanderzuknüpfen.

Die Geschlechtsbestimmung des Kindes im Mutterleibe.

Schon seit altersher haben sich die Menschen bemüht, Methoden zu finden, mit deren Hilfe es gelingen möchte, zu bestimmen, welchem Geschlecht das werdende Kind angehören werde. Es sind darüber unzählige Theorien aufgestellt worden; es wurden Versuche über Versuche gemacht, um das Geschlecht des Kindes voraussagen zu können. Nichts hat zum Ziele geführt. Nun teilt in letzter Zeit ein russischer Arzt namens Dr. Manoiloff mit, daß er eine Methode gefunden habe, mit deren Hilfe er aus dem mütterlichen Blute das Geschlecht des werdenden Kindes vor der Geburt bestimmen könne. Daß zwischen Männer- und Frauenblut an und für sich erhebliche Unterschiede bestehen, ist unbestreitbar. Besitzt doch das erstere im Kubikmillimeter 5 Millionen rote Blutkörperchen, während das weibliche Blut nur 4½ Millionen besitzt. Außerdem haben die männlichen roten Blutkörperchen eine geringere Senkungsgeschwindigkeit und eine größere Klebrigkeit als die der Frau. Außerdem ist es gelungen, aus den roten Blutzellen der weiblichen Individuen einen Stoff zu gewinnen, der auf weibliche Tiere tödlich wirkt, für die männlichen aber nicht schädlich ist. Und schließlich vermag man noch vermittels einer besonderen Methode Männerblut von Frauenblut zu unterscheiden. Das ist für gerichtliche Zwecke von ganz besonderer Bedeutung. Es ist also anzunehmen, daß das männliche Kind besondere und andersgeartete Stoffe in die mütterliche Blutbahn abgibt als das weibliche. Anscheinend hat nun Dr. Manoiloff eine Methode gefunden, mit deren Hilfe das männliche Prinzip bzw. das weibliche des werdenden Kindes im mütterlichen Blute nachgewiesen werden kann. Es handelt sich um eine chemische Reaktion; wenn man zu dem Schwangerenblute gewisse Stoffe, darunter auch einen Farbstoff zusetzt, so erhält man bei Knabenschwangerschaft eine hellgelbe, bei Mädchen eine dunkelgelbe Färbung. Dr. Manoiloff wie auch die nachprüfenden russischen Aerzte haben in über 80 Prozent der untersuchten Fälle einwandfreie richtige Resultate erhalten. Worauf die Fehler in dem restlichen Fünftel beruhen, ist noch unerklärt. Vielweit die erfolgversprechende Methode für die Praxis verwertbar sein wird, müssen gründliche Nachuntersuchungen ergeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250119-11/fragment/page=0008